

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 171.

Donnerstag, den 24. Juli 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Annahme der Wehrovorlage in der französischen Kammer.

Mit 358 Stimmen gegen 204 bei 26 Stimmenthaltenungen hat in der Nacht zum Sonntag die französische Kammer die Wehrovorlage angenommen. Freilich in ganz anderer, weit weniger gefährlicher Gestalt, als die ursprüngliche Vorlage. Die zähe Opposition unserer Genossen konnte zwar die Annahme der dreijährigen Dienstzeit nicht verhindern. Die Angst zahlreicher Spießer vor einem plötzlichen deutschen Angriff, vor allem aber die Angst der herrschenden Bourgeoisie vor dem revolutionären Proletariat und seine Eier nach dem marokkanischen Ausbeutungsgebiet sind zu stark, als daß man momentan hätte die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke verhindern können.

Die Reaktion hat ohne Zweifel Oberwasser, zum Teil infolge der Agitation für die Wahlreform und den Proporz. Während die meisten Radikalen die populäre Reform ablehnten, trat die Reaktion dafür ein und gewann dadurch an Boden. Die Radikalen dagegen spalteten sich in mehrere Gruppen und stießen schließlich einer gänzlichen Desorganisation anheim. Da keine dieser Gruppen über die Mehrheit verfügt, so ist es der Reaktion gelungen, das Jünglein an der Wage zu bilden. Sie nützt nun diese ihre Position zu einer Stärkung des Militarismus aus.

Aber auch andere Organe traten von Anfang an für die Vermehrung der Friedenspräsenz ein, nämlich die Organe des Rüstungskapitals. Millionen hat das Rüstungskapital für die Preßkorruption ausgegeben, um durch die Presse Stimmung zu machen für die Heeresvermehrung. Alle die Radikalen, die mit den Konservativen und Reaktionen für die „drei Jahre“ eintraten, stehen mit dem Großkapital und namentlich mit den Rüstungsfirmen in näherer Verbindung. Die Bauunternehmer, die durch die notwendigen Kasernenbauten sich bereichern wollen, die Gewehrfabrikanten, die Kartschuffirmen usw. haben ihren ganzen korumpierenden Einfluss aufgeboden für die Wehrovorlage. Die Korruption hat wahre Orgien gefeiert.

Aber die Dreijährler haben es doch nicht gewagt, ihre ursprüngliche Vorlage dem Lande aufzudrängen. Trotz aller ihrer gegenteiligen Behauptungen mußten sie einsehen, daß die Vorlage im höchsten Grade unpopulär ist. Bis vor wenigen Wochen wollten sie dem Wehrgesetz, das die „drei Jahre“ einführt, rückwirkende Kraft verleihen, und der Ministerpräsident hatte bereits offiziell angekündigt, die beiden gerade aktiv dienenden Jahrgänge würden ein drittes Jahr hindudienen, und der im kommenden Herbst einzuberufende Jahrgang werde drei Jahre dienen. Dieser Ankündigung folgten die bekannten Militärvoten, deren Bedeutung die Regierung anfangs bestritt. Außerdem sollten massenhaft Kapitulanten eingestellt werden und diesen die meisten Beamtenstellungen in den staatlichen und kommunalen Betrieben zufallen. Endlich sollten den Söhnen der Borgeoisse Erleichterungen gewährt werden, damit sie während ihrer Dienstzeit ihrem Studium obliegen können. Die Bauernsöhne und die Söhne der kinderreichen Familien wollte man nach einer zweijährigen oder zweieinhalbjährigen Dienstzeit zur Disposition beurlauben.

Die Opposition der breiten Schichten des Volkes und die geschickte Taktik unserer Genossen unter Jaures geniale Führung, die sich auf die Opposition der Massen stützte, hat der Vorlage eine ganz andere Gestalt gegeben. Alle Soldaten müssen drei Jahre bei der Waffe dienen. Die Privilegien für die Studenten sind sehr beschränkt. Die Studenten können sich zurückstellen lassen im Interesse des Studiums; sie können ihr letztes Jahr als Reserveoffiziere abdiene, wenn sie eine Reihe von Prüfungen bestehen. Die Schüler einzelner höherer Schulen können sogar zwei Jahre als Reserveoffiziere dienen. Aber Barhou konnte sein den Studenten gegebenes Versprechen; sie sollten als Soldaten ruhig an der Universität studieren können, nicht einlösen. Und diese sehr harte Bestimmung für die akademische Jugend wird mit zur baldigen Aenderung des Gesetzes und zur Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit führen; denn die mittleren Schichten des Bürgertums, die die tüchtigeren Elemente der studierenden Jugend stellen, werden die wirtschaftlichen Folgen des Wehrgesetzes, das die Studienzeit verlängert und die Kosten des Studiums so sehr vermehrt; unmöglich tragen können und werden daher auf eine Aenderung drängen.

Auch auf die massenhafte Einstellung von Kapitulanten, von Berufssoldaten, von staatsrechtlerischen Prätorianern wird die Regierung verzichten müssen. Denn auf Antrag unseres Genossen Betoulle lehnte die Kam-

mer es ab, die Berufssoldaten als Zivilversorgung in den Kommunalverwaltungen unterzubringen.

Dann wurden alle Dispositionsbeurlaubungen abgelehnt, ebenfalls auf Drängen unserer Genossen. Dadurch, daß kein Soldat nach zwei oder zweieinhalb Jahren entlassen werden kann, wird den „dreijährlerischen“ Parlamentariern ein Korruptionsmittel aus der Hand genommen, mit dem sie vor allem auf die Bauern einwirken wollten, um ihren Widerstand gegen die „drei Jahre“ zu brechen.

Vor allem aber mußte die Regierung darauf verzichten, dem neuen Wehrgesetz rückwirkende Kraft zu verleihen. Sie hatte den Mut nicht mehr, die gerade dienenden beiden Jahrgänge, die auf Grund des bisherigen Gesetzes im Herbst dieses Jahres respektive im Herbst 1914 entlassen werden müßten, ein drittes Jahr bei der Fahne zurückzubehalten. Deshalb griff sie zu dem verzweifeltsten Mittel, von diesem Jahre ab die Rekruten bereits im 20. Jahre auszuheben. Die Jahressklasse 1912, die im kommenden Oktober einberufen werden wird, wird noch zwei Jahre dienen; diejenigen Rekruten erst, die in diesem Jahre das 20. Lebensjahr erreichen, werden drei Jahre dienen; sie werden im kommenden November einrücken müssen. Vom militärischen Standpunkt eine recht gefährliche Maßregel, da in den Regimentern es an Instruktoren zur Ausbildung von zwei Rekrutenjahrgängen fehlen wird. Die Regierung mußte sich denn auch lassen, sie lasse sich mehr von politischen wie von militärischen Rücksichten leiten. Die Unpopularität der Vorlage bewog sie dazu, die Einführung der dreijährigen Dienstzeit so weit wie möglich hinauszuschieben.

Interessant sind vereinzelte Nebenbestimmungen der Vorlage, wie diejenige, wonach alle Soldaten Recht auf 120 Tage Urlaub bekommen, und die Bestimmung, die den Unterstützungssatz für die Mutter oder Frau jedes unbemittelten Soldaten auf 1 Mk. pro Tag und für jedes Kind auf 40 Pfg. pro Tag festsetzt. Andere Bestimmungen verlangen eine Besserung der Verpflegung, der Hygiene usw.

Nun hat der Senat sich mit der Vorlage zu befassen. Die Mehrheit scheint entschlossen zu sein, sie zu schlucken. Aber die sozialradikalen Senatoren werden nicht ohne Kampf die zweijährige Dienstzeit aufgeben, so daß die Annahme der Vorlage vor dem 1. August sehr zweifelhaft ist.

Unsern Genossen winkt nun eine andere Aufgabe: das ist die Gestaltung der Deckung, die 200 Millionen Francs (160 Millionen Mark) Mehrausgaben verursachen wird. Die reaktionären und konservativen Parteien lehnen Besteuern ab. Auf Antrag von Jaures hat die Fraktion eine Resolution eingebracht, die die sofortige Einführung einer progressiven Einkommensteuer, einer progressiven Kapitalsteuer und einer progressiven Wertzuwachssteuer im Budget für 1913 verlangt. Sollte die Regierung nicht darin einwilligen, so will die Fraktion mit allen Mitteln die Verabschiedung des Etats verhindern. Nun wird ja seit dem 1. Januar mit einem Budgetprovisorium gewirksam, und soll der Etat vor dem 1. August verabschiedet werden. Es wird darüber zu äußerst heftigen Kämpfen kommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zentrum und Reichstagsauflösung.

In dem unter dem Titel „Zentrumspolitik im Reichstag“ vom Abg. Erzberger verfaßten Rechenschaftsbericht des Zentrums über seine Tätigkeit in der verflochtenen Reichstagsession kommt Abg. Erzberger auch auf die Steuerfrage eingehend zu sprechen und sagt zu der Eventualität der Ablehnung der Besitzsteuer:

„Ein Konflikt wäre die Folge gewesen und die Auflösung des Reichstages unvermeidlich, dies aber in einer Situation, die für das Zentrum nicht angenehm gewesen wäre. Gerade das Zentrum hatte alles Interesse daran, es in dieser Frage nicht zum Konflikt kommen zu lassen.“

Damit wird ganz offen zugegeben, daß das Zentrum fest davon überzeugt war, daß seine Wählermassen von einer Ablehnung der Heranziehung des Kindeserbes nichts wissen wollten. Eine Auflösung wegen der Deckungsfrage hätte ganz selbstverständlich die Erbschaftsteuer in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt und das Zentrum mußte sich sagen, daß dann in einem neuen Reichstag jedenfalls eine Erbschaftsteuer in wesentlich anderer Form angenommen worden wäre, als nur dadurch, daß die Erbschaften als Vermögenszuwachs zur Besteuerung gelangen. Aus dieser Angst vor einer Reichstagsauflösung heraus erklärt sich auch die auffällige Schwertung, die das Zentrum in der

Steuerfrage ganz plötzlich machte, und die auch nicht gut verdeckt werden kann durch die Behauptung, daß die neuen Besitzsteuern völlig dem bekannten Besitzsteuerantrag Bassermann-Erzberger entsprechen. Diese Form hatte der Abgeordnete Erzberger ohne Zweifel nicht gemeint, als er gemeinsam mit dem Abgeordneten Bassermann seinen Namen unter den bekannten Besitzsteuerantrag setzte.

Die Kontrolle der Wanderarbeiter.

Damit die Agrarier die ausländischen Arbeiter besser in die Gewalt bekommen können, wurde durch Erlass des preussischen Ministers des Innern vom 21. Dezember 1907 die Legitimationen der ausländischen Arbeiter für Preußen geregelt. Danach müssen alle aus Rußland, Oesterreich-Ungarn oder aus deren Hinterländern kommenden Saisonarbeiter mit Inlandsausweispapieren versehen werden. Das Königreich Sachsen hat sich diesem Vorgehen angeschlossen. Die Ausstellung der Legitimationspapiere ist der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin, früher deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle und ihren 44 Legitimierungsämtern übertragen, die mit Ausnahme von Dresden, Berlin und Essen in der Nähe der Grenze liegen.

Die Legitimationskarte wird von dem Grenzamt bei Ueberschreiten der Grenze auf Grund der ausländischen oder anderer Papiere in deutscher Sprache ausgestellt und von der für das Grenzamt der Arbeiterzentrale zuständigen Ortspolizeibehörde beglaubigt. Die Arbeiterzentrale führt ein Kartenblattregister über die legitimierten Leute, stellt die Legitimationskarte auf einen bestimmten Arbeitgeber, in roter Farbe für Polen, in gelber für Ruthenen, und in weißer für Leute anderer Nationalität aus. Doch können die fremden Arbeiter auch nach Ankunft an ihrer Arbeitsstelle eine Legitimationskarte erhalten. In diesem Falle wendet man sich an die Ortspolizei der Arbeitsstätte. Die Polizei veranlaßt die Ausstellung der Legitimationskarte durch ein Amt der Feldarbeiter-Zentralstelle. Für die Legitimation an der Grenze wird eine Gebühr von 2 Mk., für die an der Arbeitsstelle eine solche von 5 Mk. erhoben; in einigen Fällen erfolgt die Ausstellung gebührenfrei.

Im letzten Geschäftsjahre, das vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 lief, hat die Arbeiterzentrale 729 575 Ausländer (gegen 696 025 des Vorjahres) legitimiert, davon 386 850 (gegen 375 083) an der Grenze und 342 725 (gegen 320 942 des Vorjahres) an der Arbeitsstelle. Aus Rußland kamen 281 813 Polen, nur 148 Ruthenen, 17 937 Deutsche, 3682 Littauer und 5252 Angehörige anderer Völker, aus Oesterreich 75 851 (von Jahr zu Jahr weniger) Polen, 77 911 Ruthenen, 54 553 Deutsche, 26 854 Tschechen und 27 784 Angehörige anderer Völker, aus Ungarn 23 025, aus Italien 52 177, aus den Niederlanden und Belgien zusammen 65 613 Personen, der Rest aus anderen Staaten, darunter 9458 aus den drei skandinavischen Königreichen. Die Sachgänger der Polen, Ruthenen und Deutschen aus Oesterreich ist gegen das Vorjahr zurückgegangen, hingegen ist der Zuzug der Polen aus Rußland, der Italiener, der Niederländer und Belgier seit 1908/09 in stetem und starkem Wachstum begriffen.

Die Einrichtung erscheint den Agrariern aber noch nicht als ein Ideal, da durch sie ja auch die Industrie mit Arbeitern versorgt wird, wodurch wieder die Löhne zur Steigerung neigen. Im Jahre 1909/10 entfielen auf die Industrie 268 182 oder 41,7 Proz. der legitimierten Personen, im letzten Geschäftsjahre bereits 332 211 oder 45,5 Proz. gegen 397 364 oder 54,5 Proz. in der Landwirtschaft. Die Industrie hatte im vergangenen Jahre über 42 000 Polen, über 37 000 Ruthenen, drei Siebentel der russischen Deutschen, fast alle österreichischen Deutschen (nämlich 51 906), fast alle Tschechen (25 784), so gut wie alle Italiener (52 145), etwa fünf Sechstel (nämlich 55 310) der Belgier und Niederländer beschäftigt. Hingegen bevorzugt die Landwirtschaft die billigeren polnischen Arbeitskräfte. Von den in ihr beschäftigten Leuten waren 315 638 Polen und 41 033 Ruthenen, 12 881 Deutsche aus Rußland und Oesterreich, 6818 Ungarn und 10 381 Niederländer und Belgier.

Daß durch den Legitimationszwang der Wanderarbeiter lediglich den Agrariern gedient sein sollte, geht aus der Tatsache hervor, daß für aus Italien, der Schweiz, Skandinavien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich kommende Arbeiter im allgemeinen ein Zwang zur Legitimierung nicht besteht. Durch das von der Zentrale geführte Register werden bei Ermittlungen nach flüchtigen Ausländern die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften unterstützt. Und das ist der Kern der Einrichtung!

„Kreuz-Zeitung“ gegen „Bayerische Staatszeitung“.

Die „Bayerische Staatszeitung“, das Organ des Freiherrn von Hertling, hat in einer Betrachtung über den Schweidnitzer Meineidsprozeß geschrieben:

Man mag den Verurteilten das Mitgefühl wegen der schweren Strafe und einer beklagenswerten menschlichen Verirrung nicht verweigern. . . . Was einzelne begehen und fehlen, kann einer Partei nicht zur Last gelegt werden. Der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie den Meineid im Interesse der Partei als Kampfmittel gebraucht, ist ein Verfahren, das man abweisen muß und das die Sozialdemokratie auch stets in entschiedener Weise abgelehrt hat.

Diese ausnahmsweise einmal vernünftige Auslassung des bayerischen Regierungsorgans hat den Zorn der „Kreuz-Zeitung“ hervorgerufen. Das Junkerblatt schimpft:

„Bei dieser offiziellen Leistung muß man doch fragen, ob es denn wirklich so nötig war, die Sozialdemokratie in Schutz zu nehmen und die ungewöhnlich dreiste Flugblattfälschung, die doch nur im Interesse des sozialdemokratischen Kandidaten vorgenommen worden war, als „beklagenswerte menschliche Verirrung“ zu beschönigen. Gerade dieser Waldenburger, zu Schweidnitz abgeurteilte Vorfall, an dem der lokale Führer der Sozialdemokratie hervorragend beteiligt war, fällt unabweisbar der sozialdemokratischen Partei zur Last. Ein Regierungsorgan aber ist wahrlich nicht dazu da, an dieser Partei und ihren Funktionären eine Mohrenwäsche zu veranstalten.“

Nach Ansicht weiter Kreise — nicht nur sozialdemokratischer — ist der Wahrspruch der Geschworenen in Schweidnitz ein Irriger gewesen, der sich vielleicht in der Hauptsache auf das Gutachten des Oberfaktors einer bürgerlichen Zeitung stützte, wonach der Seger, ehe er die Arbeit beginnt, das Manuskript immer erst durchzulesen pflegt. Ganz sicher war der Tatbestand keineswegs so geklärt, daß eine Bejahung der Frage nach wissentlichem Meineid erwartet werden konnte. Zieht man noch in Betracht, daß der ganze Prozeß dem Rachegefühl eines konservativen Redakteurs entsprungen ist, so kennzeichnet sich die ganze unglaubliche Niedrigkeit der Gesinnung, die in der „Kreuz-Zeitung“ zum Ausdruck kommt, wenn sie glaubt, aus diesem Prozeß Kapital gegen die Sozialdemokratie schlagen zu können. Man muß es natürlich dem Organ des Freiherrn von Hertling selbst überlassen, sich mit den blaueschwarzen Gesinnungsgenossen von der „Kreuz-Zeitung“ auseinanderzusetzen.

Zur Kruppaffäre.

Die „Deutschen Nachrichten“ bringen einen von gut unterrichteter Seite verfaßten Artikel über den bevorstehenden Prozeß gegen eine Anzahl Zeugoffiziere. In dem Artikel wird verlangt, daß die maßgebenden Instanzen dafür sorgen müssen, daß aus dem Prozeß nicht ein Spektakel für die nach den Wünschen der sozialdemokratischen Presse wird. Das Gericht werde unbeirrt durch das „sozialdemokratische Geschrei“ über die Verteilung von öffentlichen und geheimen Sitzungen zu befinden, wie es das Staatswohl erfordert. Von irgendwelcher Abweichung vom Brauch aus Liebedienerei für die Demokratie dürfe keine Rede sein. Sollte es sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen, daß alles hinter verschlossenen Türen vor sich gehen müsse, so werde man darauf Wert zu legen haben, die Urteilsbegründung so umfassend zu gestalten, daß das Volk darüber nicht im Zweifel bleibe, wie die verschiedenen Vergehen gesühnt wurden und welcher Art die Verfehlungen waren. Schließlich wird dann bestritten, daß militärische Geheimnisse verraten worden sind, wiewohl die Anklage auf Verrat militärischer Geheimnisse lautet. Das erwähnte Blatt führt dann weiter aus:

„In dem vorliegenden Falle aber hat lediglich ein verbotener Meinungsaustrausch zwischen deutschen Reichsangehörigen stattgefunden, die die Sicherheit nicht gefährden konnten. Es hat niemand mehr ein Interesse daran, daß überall Klarheit geschaffen und nichts verschleiert wird, als die Regierung und die Firma Krupp selbst. Die jetzt schon aufgeregten Kreise können also beruhigt sein, daß man nichts veräumen wird, dem Gebote der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Wie wir weiterhin erfahren, wird übrigens in der Organisation Krupp manches neu geregelt werden. Es sind nicht nur mannigfache Personalveränderungen geplant, sondern auch schon durchgeführt, die bezwecken, Vorkommnisse wie die letzten, in Zukunft auszuschließen. Hierzu gehört eine verstärkte Aufsicht.“

Diese letzten Äußerungen lassen erkennen, woher der Artikel rührt, offenbar entweder von der Firma Krupp selbst oder doch von einer ihr nahestehenden Seite. Wie der Angefallene Brand, so wird auch eine Anzahl anderer Angefallener als Sündenböcke in die Wüste gejagt; an dem System jedoch wird vermutlich nichts geändert, nur wird man künftig etwas vorsichtiger sein.

Altes Eisen in der Reichsmarine.

Eine Korrespondenz meldet: „Die Kaiserliche Marine besitzt nach einer Statistik des Reichsmarineamts zurzeit 121 Fahrzeuge, das sind Schiffe, die vom militärischen und strategischen Standpunkte aus betrachtet, wertlos sind. Darunter befinden sich 83 Werft- sowie 8 Depot- und Fortifikationsdampfer, 8 Lotsen- und Seemannsschiffe und 7 Weiboots. Auch sechs Schwimmminen gehören zu diesen Fahrzeugen. Nicht weniger als 9 Fahrzeuge stammen noch aus den Jahren 1873 bis 1878 — ein Beweis dafür, mit welcher Sorgfalt die Marine ihr Material behandelt. Von 83 Werftdampfern gehören 3 zur Werft Wilhelmshaven, 29 zur Werft Kiel und 11 zur Werft Danzig.“ — Selbstverständlich soll auch ein Ersatz geschaffen werden. Also scheint die „Milit. Polit. Kor.“ recht gehabt zu haben, als sie schrieb, im Reichsmarineamt werde an einer neuen Flottenvorlage gearbeitet. Deutscher Wächler, bereite dich vor!

Balkan.

Die Hoffnungen der neuen bulgarischen Regierung auf die Unterdrückung Europas kamen in der Rede des neuen bulgarischen Ministers des Auswärtigen, die er am Montag in der Debatte hielt, zum Ausdruck; er sagte u. a.: Er betrachte es als seine Pflicht, zu betonen, daß die Regierung, nachdem sie die Geschäfte übernommen hat, von allen Mächten nur gute und aufrichtige Ratschläge erhalten sowie warme Sympathien und Unterstützung in ihren Bemühungen gefunden habe, der Krise ein Ende zu setzen. Wir werden trachten, Jahr nach Jahr, diese wohlwollenden Absichten der Mächte

weiter zu entwickeln und zu stärken, indem wir diese vor allem von der unerschütterlichen und ehrlichen Absicht Bulgariens überzeugen, loyal mitzuarbeiten an ihrem Werke der Wiederherstellung des Friedens, und dadurch die Achtung vor ihren Ratschlägen beweisen. So stark auch das Recht Bulgariens, so groß auch die Qualitäten des bulgarischen Volkes sind, glauben wir dennoch, daß unsere Interessen nur dann am besten gewahrt sein werden, wenn wir mit den allgemeinen Interessen des zivilisierten Europas gemeinsame Sache machen. Wir konnten das Wohlwollen der Mächte auch gelegentlich des Einfalles der türkischen Truppen in unser Gebiet jenseits der Linie Enos-Midia sehen. Allerdings haben die von den Botshastern der europäischen Mächte unternommenen Schritte noch nicht vollen Erfolg gehabt, aber wir haben Zusicherungen, daß die Großmächte, unter deren Leitung unsere Grenze gegenüber der Türkei festgelegt worden ist, nicht zulassen werden, daß sich die Türkei jenseits dieser Grenze festsetze. Andererseits rechnen wir darauf, daß auch bei der Pforte die Einsicht Oberhand gewinnen werde über böse Leidenschaften, die danach ansetzen, die in der letzten Zeit angebahnten Verträge zur Herstellung und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei, wie sie den wechselseitigen Bedürfnissen der beiden Nachbarvölker entsprechen, zum Scheitern zu bringen. In diesem Sinne haben wir heute an den Großwesir Depeschens gerichtet. Die Mission, welche die Regierung unternommen hat, und an deren Durchführung sie sofort nach ihrer Bildung geschritten ist, bestand darin, das Königreich durch einen ehrenvollen Frieden aus der gegenwärtigen Krise zu befreien. Die Schritte, welche wir bei der rumänischen Regierung zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen in Bukarest unternahmen, bildeten die erste Befundung unseres Entschlusses, mit den dringendsten Mitteln auf die Durchführung unseres Programms hinzuwirken. Die Antworten, die wir von der rumänischen Regierung erhielten, überzeugten uns, daß unsere Initiative bei ihr demselben Wunsche begegnete, sobald als möglich der abnormen Lage zwischen den beiden Völkern, zwischen denen nach ihrer gemeinsamen Vergangenheit und ihren gemeinsamen Interessen die größte Harmonie bestehen sollte, ein Ende zu machen. Wir sind nach wie vor überzeugt, daß diese natürliche Harmonie trotz der letzten Mißverständnisse ihren Ausdruck in einer selbstbegründeten politischen Freundschaft finden könnte. Nachdem die Regierung mit Rumänien Verhandlungen eingeleitet hat, tritt sie nunmehr mit Serbien und Griechenland in Verhandlungen ein. Auf Einladung der russischen Regierung haben wir zwei Delegierte entsandt, welche die Friedensverhandlungen beginnen werden. Wir haben damit nicht bloß den wohlwollenden Ratschlägen Europas entsprochen, sondern gleichzeitig einen schon in der ersten Stunde gefaßten Entschluß der Regierung ausgeführt: denn wir glauben, daß dieser Entschluß den Wünschen der bulgarischen Bevölkerung und den höchsten Interessen Bulgariens entspricht. Ueber die bevorstehenden Verhandlungen können wir nur erklären, daß die Regierung fest und aufrichtig einen ehrenvollen Frieden abzuschließen wünscht. Der Ort, wo die Verhandlungen stattfinden werden, ist noch nicht festgestellt. Wir sind von dem Wunsche des Kabinetts in Bukarest verständigt, durch einen Gesandten an den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden auf dem Balkan teilzunehmen, worüber wir unsere vollkommene Befriedigung aussprechen, da wir Grund haben zu glauben, daß Rumänien erfüllt von dem Bewußtsein der Notwendigkeit, eine dauernde Lage auf der Balkanhalbinsel herzustellen, im Geiste der Versöhnung und Unparteilichkeit vorgehen werde. Während sich einerseits Ausichten auf den von der ganzen Welt heiß ersehnten Frieden eröffnen, muß ich andererseits mit Bedauern feststellen, daß die serbischen und die griechischen Truppen ihre Angriffe gegen unsere Linien erneuern. Dank der Festigkeit und der unerschütterlichen Moral der bulgarischen Armee, welcher ich hier die begeisterte Liebe und Anerkennung unserer aller ausdrücken will (lebhafter Beifall), wurden alle Angriffe zurückgeschlagen. Ich kann indes nicht umhin, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß dieses neuerliche Blutvergießen gerade in einem Moment sich ereignete, wo die Mächte den Kriegführenden einmütig und nachdrücklich empfahlen, einander die Hand zu reichen.

Als Ort der Friedensverhandlungen wird von Rumänien Bukarest vorgeschlagen. Serbien und Griechenland sind damit einverstanden, daß die Präliminarien und der Friede in Bukarest unterzeichnet werden. Griechenland verlangt, daß der Waffenstillstand gleichfalls in Bukarest unterzeichnet werde. Bulgarien antwortete auf die letzte rumänische Note mit der Erklärung, daß es die formulierten Hauptpunkte annehme und hoffe, daß die nebensächlicheren Punkte keine Schwierigkeiten bieten. König Ferdinand richtete an König Carol ein drittes Telegramm, in dem er die Bitte um Frieden unterstützt. König Carol beauftragte den Ministerpräsidenten Majorescu, in demselben Sinne, wie im zweiten Telegramm dem König Ferdinand zu antworten.

Während so die bulgarische Regierung den Frieden ersucht, nehmen die Kämpfe und Kriegsgreuel ihren ungestörten Fortgang. Das serbische Pressebureau meldet: Die Serben sind nach einem erbitterten Kampfe bei Nikolas gegen die Bulgaren, welche Kujewatsch und die Dörfer am Timof plünderten, siegreich in Belogradschik, der Serbenstadt in Bulgarien, eingezogen, wo sie von der Bevölkerung begeistert begrüßt wurden. Die Serben erbeuteten 32 Geschütze, 17 Munitionswagen, 3000 Gewehre, ein Raketenabwehr, ein Feldhospital und viele Lebensmittel. Bulgarische Berichte teilen mit: Die Griechen haben in der Mädchenschule in Serres 93 Bulgaren, unter denen sich außer Bewohnern der Stadt zehn Soldaten und vier Gendarmen befanden, eingeschlossen und getötet. Die Leichen wurden sämtlich am 11. Juli von den bulgarischen Behörden aufgefunden. Griechische Kavallerie plünderte das bulgarische Dorf Harjowa im Distrikt Kükutsch und machte alle Greise, Frauen und Kinder nieder. Ueber 800 Familien sind aus dem Bezirke Reshan, Malgara und Anantoprä auf

der Flucht vor den Türken in Bulgarien angekommen, andere langen unauffällig an. Der Kommandant der Bulgaren in Rüstendil berichtet, daß in den Distrikt Besilegrad eingedrungene Serben das Dorf Doukat vollständig geplündert und eingeäschert haben. Im Distrikt Malgara zerstörten die Griechen sieben Dörfer und vergewaltigten die Frauen. Der bulgarische Ort Harlagundi ist geplündert worden. Die griechischen Truppen haben den linken Flügel der Bulgaren auf Rozloj und Mehomia zurückschlagen. Nach mehrtägigem Kampfe siegten die Griechen auch bei Pelschewo über die Bulgaren, die in die Flucht geschlagen wurden. Die Verluste sind auf beiden Seiten groß.

Die Türken richteten sich, trotz des Einspruchs der Mächte, in Adrianopel wieder häuslich ein. Anscheinend ist zwischen der Türkei einerseits und Serbien und Griechenland andererseits ein Einverständnis über dieses Vorgehen erzielt worden, wie aus folgender Meldung hervorgeht: Zu der Frage des neuer Protokolls, über das gegenwärtig zwischen Türkei, Serbien und Griechenland verhandelt wird, wird von der ständigen türkischen Seite erklärt: Das Dokument, über dessen Benennung noch nicht entschieden ist, wird hauptsächlich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen festlegen und die Wiederherstellung des Friedens in sich schließen, ohne andere Einzelheiten zu enthalten, die später geregelt werden sollen. Der Londoner Präliminarfriedensvertrag wird, ohne im Prinzip aufgegeben zu werden, infolge der durch die Besetzung Adrianopels geschaffenen Lage und unter dem in der letzten türkischen Zirkularnote entwickelten Gesichtspunkte als nicht bestehend angesehen. — Die Unterhandlungen mit dem serbischen Delegierten Pawlowitsch stehen nahe vor dem Abschluß. Auch der Unterhändler Griechenlands äußerte sich befriedigt über die Verhandlungen mit der Pforte. Griechenland und Serbien haben der Türkei die geforderte Marika-Grenze und Adrianopel zugestanden. Der griechische Unterhändler erklärte einem Vertreter des Osmanischen Lloyd, die Griechen wünschten, daß die Türkei Adrianopel erhalte. Dragumis erklärte, Griechenland fordere nicht die Autonomie Thraziens. Griechenland würde lieber die Türken als die Bulgaren in dem benachbarten Lande sehen. Die Frage der griechischen Inseln und der Kriegsschädigung werde den Mächten vorbehalten. Die bestehende Entente zwischen Griechenland und der Türkei könnte dann später in ein Schutz- und Trutz-Bündnis umgewandelt werden.

Auf der heutigen Botshastertagung werden die Mächte darüber beraten, welche Schritte sie eventuell in Konstantinopel unternehmen wollen, um die Türkei zu zwingen, sich den Bedingungen des Londoner Vertrages zu unterwerfen und ihre Truppen über die Linie Enos-Midia wieder zurückzuziehen. Wenn die Türkei mit den Serben und Griechen einig ist, wird sie sich wohl aus dem Druck der Großmächte wenig machen.

Schließlich sei noch folgende Meldung aus Sofia registriert: Nach amtlichen Mitteilungen des Kommandanten in Debeagatsch haben die Türken im Bezirk Malgara mehrere Ortschaften geplündert und in Brand gesteckt, ebenso in anderen Bezirken. Auch im Bezirk Anantoprue begingen die Baschibozuks sowie die regulären Truppen große Ausschreitungen.

China.

Die chinesischen Wirren. In Nanking hat sich bereits eine Regierung der Republik (Südhina) gebildet, deren Präsident Tsen-Chuan-Psup ist. Die Erhebung gegen Juanschikai breitet sich immer stärker aus. Nachdem nun auch, wie schon gemeldet, die Provinz Zukien sich für unabhängig erklärt hat, haben von den 18 Provinzen der Republik sich fünf für die Unabhängigkeit erklärt. Sun yat sen und der kürzlich abgesetzte Gouverneur von Kwangtung sind in Kanton eingetroffen. Achtzehntausend Soldaten bereiten sich zum Abmarsch nach Norden vor. Die chinesische Handelskammer von Kanton hat von Hongkong aus an Juanschikai telegraphiert und ihn gebeten, die Provinz Kwangtung nicht zu bekriegen, da die Bevölkerung der neuen Bewegung abhold sei.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 24. Juli.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Donnerstag, dem 31. Juli 1913, abends 6 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen, betr. Ordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet und betr. Erhöhung der Stellenzulage für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Verleihung des Enteignungsrechtes an die Aktiengesellschaft „Stemens“. 2. Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz vom 7. Mai 1913, betreffend besondere Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet des Stadtteiles Travemünde. 3. Festsetzung der Gas- und Strompreise in den von Lübeck aus versorgten Fernorten und Außenbezirken. 4. Neufestsetzung des Preises für Gas, das durch Münggasmesser bezogen wird. 5. Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule. IV. Mündliche Berichterstattung der Kommission zur Vorprüfung des Antrages Herr: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die reitenden Schutzleute auf dem Landgebiet durch dort stationierte Schutzleute zu ersetzen. V. Antrag von Schneider: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Erlaß gefehliger Bestimmungen über den Lübeckischen Staatsbeamten für Dienstreisen zu gewährende Reisekosten und Tagegelde sowie Umzugskosten in Erwägung zu ziehen. VI. Eingabe, betr. Verlängerung der Straßenbahn in der Kronsforder Allee.

Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Senatsanträge betr. Erneuerung des Jahrbahnbelauges der Moisklinger Brücke (Kosten 700 Mk.); 2000 Mk. Beihilfe zu den Kosten des Besuches der Internationalen Weltausstellung in Leipzig durch hiesige Handwerksmeister und -gehilfen; Vergrößerung des Wagens und Geräteschuppens der Heilanstalt Srednich und Herstellung einer Heizwasserheizung in der Leichenhalle der Anstalt (2190 Mk.); Verkauf einer Parzelle in Moiskling in Größe von 9 ar 35 qm an Heint. Friedr. Legtmeyer zum Preise von 5000 Mk.; Nachbemilligung auf die Ausgaben der Beamtenunterstützungskasse für 1912 (2080,84 Mk.); Erbauung von Logier-

Stimmen im Gasthof bei der Viehmarkthalle an der St. Lorenzbrücke (8030 Mk.) Zur Mitgenehmigung durch die Bürgererschaft empfahl der Bürgerausschuß die Senatsanträge betr. Verleihung des Enteignungsrechtes an die Aktiengesellschaft „Siemens“ Elektrische Betriebe auf dem Gute Brandenbaum zur Aufstellung von Masten für die Überlandzentrale; Ausgleich der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1912; Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz betr. besondere Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet des Stadtteils Travemünde; Erlaß eines dritten Nachtrages zur Verordnung betr. die Erhebung einer Gebühr für das Ein- und Ausreisen von Schiffen; Erhöhung des Preises für Gas, das durch Münzgasmesser bezogen wird; ein Antrag Dr. Schlämer, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, wurde abgelehnt; etatsmäßige Anstellung der Gasmeister in Schlutup, Travemünde, Rützig und Schwartau, mit einem Gehalt von 1800 bis 2700 Mk.; Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz vom 14. Januar 1911 betr. Aufhebung der Fiktaltsteuer; Gewährung einer Beihilfe an die Wegegenossenschaft Stierstraße zur Unterhaltung einer Strecke der Landstraße Rageburg—Oldesto (560 Mk. jährlich auf die Dauer von 4 Jahren.) In Kommissionen verwiesen wurden die Senatsanträge auf Gewährung eines Darlehens von 80 000 Mk. als erste Hypothek an den Verein zur Fürsorge für Geisteschwache, für 5 Jahre unverzinstlich, alsdann mit 4 Proz. zu verzinsen; weiter Anträge auf Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben im Jahre 1912 und Nachbewilligung zu den Betriebskosten des Allgemeinen Krankenhauses.

Wünsche der städtischen Arbeiter. Der Vorsitzende des Bürgerausschusses legte gestern dem Bürgerausschuß eine an diesen, die Baudeputation und die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen von den Arbeiterausschüssen der Abteilungen für Wasserbau, für Tiefbau und für Licht- und Wasserwerke im Auftrage der städtischen Arbeiter gerichtete Eingabe aus dem Juli ds. Js. vor, die auch den Mitgliedern des Bürgerausschusses im Abdrucke zugegangen ist, und die um die Erfüllung folgender Wünsche bittet: 1. Die Löhne der Baudeputation sowie der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen unterstellten Arbeiter sind um 2 Pfennig pro Stunde zu erhöhen. 2. Die Löhne der Arbeiter der Baudeputation sind im Winter einer anderen Regelung zu unterziehen. 3. In Krankheitsfällen wird den städtischen Arbeitern der Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld nach Hamburger Muster gewährt. 4. Den Arbeitern der Gemeindefinanzen wird der Lohn wöchentlich gezahlt. 5. Regelung der Löhne der bei der Baudeputation beschäftigten Arbeiter. Die Besprechung dieser Eingabe wurde auf die nächste ordentliche Sitzung vertagt, nachdem Hoff erklärt hatte, mit der Eingabe einen Antrag verbinden zu wollen.

Die Neuverteilung der Preise für Gas und Strom in den von Lübeck aus versorgten Fern- und Außenbezirken, die zugleich eine Preisermäßigung darstellt, beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Er empfiehlt die Senatsvorlage der Bürgererschaft unverändert zur Mitgenehmigung. Danach soll mit Gültigkeit vom 1. April 1913 an für die Fernorte und Außenbezirke 1. der Gaspreis, wie folgt, festgesetzt werden: a) für Leucht-, Koch- und Heizgas auf 15 $\frac{1}{2}$ für 1 Kubikmeter (bisher 20 $\frac{1}{2}$), b) für Gas für Kraft- und technische Zwecke auf 14 $\frac{1}{2}$ für 1 Kubikmeter (bisher 15), c) für Gas bei Verwendung von Münzgasmessern, wenn die Leitungsanlagen nicht Brauchgegenständen vom Gasabnehmer selbst beschafft sind, auf 16 $\frac{1}{2}$ für 1 Kubikmeter (—), d) für Gas bei Verwendung von Münzgasmessern, wenn die Leitungsanlagen nicht Brauchgegenständen dem Gasabnehmer von den Gaswerken leihweise überlassen sind, auf 19 $\frac{1}{2}$ für 1 Kubikmeter (—); 2. die Jahresmiete für Gasmesser, wie folgt, festgesetzt werden: für 3flammige Gasmesser auf 3,60 $\frac{1}{2}$ für 5flammige Gasmesser auf 5,40 $\frac{1}{2}$ für 10flammige 7,20 $\frac{1}{2}$ für 20flammige 9,— $\frac{1}{2}$ für 30flammige 12,60 $\frac{1}{2}$ für 40flammige 16,20 $\frac{1}{2}$ für 50flammige 19,80 $\frac{1}{2}$ für 60flammige 23,40 $\frac{1}{2}$ für 100flammige 36,— $\frac{1}{2}$ für 150flammige 54,— $\frac{1}{2}$ für 200flammige 72,— $\frac{1}{2}$. Die Preise unter 1 haben mit der Maßgabe zu gelten, daß Abnehmer im Lübeckischen Staatsgebiet, die an die Niederdruckleitung des Stadtbezirks Lübeck angeschlossen sind, die in diesem gültigen niedrigeren Gaspreise zu zahlen haben; II. daß mit Gültigkeit vom 1. April 1913 an der Preis für elektrischen Strom festgesetzt werde: a) für Schlutup, wie folgt: Lichtstrom 45 $\frac{1}{2}$ für 1 Kilowattstunde (bisher 65 $\frac{1}{2}$), Kraftstrom 20 $\frac{1}{2}$ für 1 Kilowattstunde (bisher 20 $\frac{1}{2}$), b) für Travemünde, wie folgt: Lichtstrom 55 $\frac{1}{2}$ für 1 Kilowattstunde (bisher 70 $\frac{1}{2}$), Kraftstrom 25 $\frac{1}{2}$ für 1 Kilowattstunde (bisher 35 $\frac{1}{2}$). Bezüglich der Schwartauer Gaspreise wurde nichts beschlossen.

Ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge“ wirklich unpolitisch? Diese Frage wird gestern in den Liberalen „Lübecker Nachrichten“ in einem längeren Artikel untersucht und natürlich — da das der ganze Zweck des Artikels ist — verneint. Als Verfasser des Artikels zeichnet ein Anonymus mit den Buchstaben W. G. Da der hiesige Agitator des gegen die „Volksfürsorge“ sich wendenden Verbandes öffentlicher Lebensversicherungs-gesellschaften W. Herfurth heißt, so gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir ihn als den Autor des fraglichen Gloriatensprechen. Es ist noch nicht lange her, da erhielt die Redaktion des „Lübecker Volksboten“ von diesem Herrn Herfurth ein Schreiben, in dem er mit aller Entschiedenheit bestritt, in einer Versammlung der Liberalen die falsche Behauptung ausgesprochen zu haben, die „Volksfürsorge“ sei ein sozialdemokratisches Unternehmen. Inzwischen hat er seine Anschauung jedenfalls gründlich revidieren müssen, denn jetzt, sechs Wochen später, erdreistet sich der Mann zu sagen: „Die „Volksfürsorge“ ist im eigenen Sinne ihrer Zwecke, in ihrer Organisation, überhaupt in ihrem ganzen Auf- und Ausbau als sozialdemokratisch anzusehen. Sie ist politisch und wird politisch bleiben.“ So steht es am Schluß des Artikels zu lesen, in dessen Anfang noch zugegeben wird, daß es richtig sein mag, daß die „Volksfürsorge“ — von außen betrachtet — durch aus unpolitisch sei und das politische Glaubensbekenntnis des einzelnen gänzlich außer acht lasse; betrachte man die Sache von innen heraus, so verschwinden die Grenzlinien zwischen dem Politischen und Unpolitischen nahezu vollends. Also was zuerst nach Meinung des Herrn W. G. nur nahezu besteht, wird von ihm hinterher als positiv sicher hingestellt. Dieses Verfahren, das auf das kurze Gedächtnis der Leser spekuliert, ist so durchsichtig, daß niemand die Absicht, den Leser zu täuschen, verkennen kann.

Wir haben gewiß an sich nichts dagegen, wenn eine gute Sache — und das ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge zweifellos — als sozialdemokratisch bezeichnet wird. Die Sozialdemokratie kann dabei nur gewinnen. Ebenso wie die Ausbeuter aller Schattierungen die Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung auf Verbesserung ihrer Lebenslage kurzweg sozialdemokratisch nennen und damit in der Arbeiterchaft mit Recht den Glauben hervorgerufen haben, daß nur die Sozialdemokratie für ihre Interessen eintritt, so wird das in weiterem Maße geschehen durch die gegenwärtige Behauptung, die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge sei sozialdemokratisch. Dennoch müssen wir es als eine bewußte Fälschung der Öffentlichkeit bezeichnen, wenn W. G. die Volksfürsorge zu einem

sozialdemokratischen Unternehmen, das politische Zwecke verfolgt, zu stempeln versucht. Die Volksfürsorge fordert von keinem ihrer Mitglieder ein politisches Bekenntnis. Und die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei liegen auf ganz anderen Gebieten, als denen des privaten Versicherungswesens.

Der treffliche W. G. läßt es nun nicht bei seinen falschen Behauptungen bewenden, sondern er sucht sie auch zu „beweisen“. Ist nicht der Vorsitzende der Lübecker Verwaltungskommission Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung und sozialdemokratisches Bürgerchaftsmitglied, propagiert nicht die sozialdemokratische Presse die Volksfürsorge auf das lebhafteste? Dies und noch anderes mehr ruft der liberale Artikelstreifer triumphierend aus. Ganz gewiß ist das zutreffend. Die sozialdemokratische Presse tritt für alles ein, was der werktätigen Bevölkerung zum besten dient und deshalb doch noch lange keine sozialdemokratische Einrichtung zu sein braucht. Niemand wird auch bestreiten wollen, daß viele Parteigenossen, die politisch hervorragend tätig sind, auch auf anderen Gebieten, die mit der Parteipolitik nichts zu tun haben, so auf dem der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge, mit Eifer wirken. Aber daß dadurch diese unpolitischen Gebiete einen parteipolitischen Charakter erhalten, kann nur jemand zu behaupten magen, der entweder selbst keinen blauen Dunst von den Dingen hat, oder der mit seinen unwarren Behauptungen besondere Zwecke verfolgt.

Diese besonderen Zwecke verfolgt W. G. allerdings mit seinem Artikel in den „Lübeckischen Nachrichten“. Er hofft dadurch, daß er die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge zu einem sozialdemokratischen Unternehmen stempelt, die politische Indifferenzen, die kleineren Handwerker und Geschäftsleute und Arbeiter, bei denen er größere Einsicht als nicht vorhanden annimmt, vom Beitritt zur Volksfürsorge abzuhalten und sie für die bürgerlichen sogenannten Volksversicherungen, von denen er sagt, daß sie wirklich gemeinnützig sind, zu gewinnen. Wir zweifeln sehr, daß ihm das mit solchen Mitteln gelingen wird. Es ist eine feststehende Tatsache, daß in Lübeck die bürgerliche Volksversicherung ohne jede gemeinnützige Absicht sondern ausschließlich zur Bekämpfung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge unter Mitwirkung der schamlosen Reaktionäre geschaffen worden ist. Sie ist demnach ein reines Kampfunternehmen. Nach der Logik des Herrn Herfurth ist die hiesige bürgerliche Volksversicherung, da ihr Gründer ein hervorragender Alldieser und ihr Geschäftsführer sich zu den Liberalen zählt, als national-liberales Unternehmen anzusprechen, das politisch ist und bleiben wird, zumal die national-liberale Presse propagandistisch dafür wirkt — so gut es eben geht.

Wir wollen davon absehen, auf den lächerlichen Unfug, den W. G. über Klassenhaß und Klassengeist schwätzt, einzugehen. Der ist wohl für besonders Blöde unter den Lesern der „Lübecker Nachrichten“ berechnet. Der ganze Artikel ist nur ein Aufruf zur Furcht vor der Werbekraft der Volksfürsorge und da muß helfen was da helfen mag. Man versucht in internen Betriebsversammlungen, die sogar innerhalb der Fabriken abgehalten werden, Arbeiter für die sogenannte Volksversicherung einzufangen. Da aber jedenfalls die Zahl derer, die auf den Leim gehen, nur gering ist, so sucht man durch Schmähen des roten Lappens wenigstens den Zugang zur Volksfürsorge fernzuhalten. Das Verfahren ist aber ebenso wenig ehrlich wie aussichtslos.

b. Ferienstrafkammer am 23. Juli. Gegen das Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetz sollten sich der Gemeindevorsteher S. und der pensionierte Lehrer Chr. durch falsche Bilanzstellung veranlassen haben. Sie waren Vorstandsmitglieder der Genossenschaftsmeierei zu Tramm, die seit 24 Jahren besteht und sich gut rentiert. Beanstandet wurde die Bilanz über das Jahr 1911, die nach dem Muster der früheren aufgestellt wurde. Unter anderem besteht für die Mitglieder die Einschusspflicht, d. h. sie sind beim Austritt aus der Genossenschaft gehalten, eine nach der Anzahl der Rübhe sich richtende Summe zu bezahlen. Dadurch soll verhütet werden, daß die Genossenschaft durch Mitgliederbankrott liquidieren muß. Dieser Passus wurde auf Anraten eines Hamburger Rechtsanwalts vor langer Zeit geschaffen, nachdem ein Bücherrevisor ihn aber beanstandet, wieder herausgerufen hatte. Nicht eingetragen wurde der Gewinn und zwar, wie S. erklärt, deshalb nicht, weil er doch gleich wieder verteilt wurde. Allerdings, wären es Schulden gewesen, würde er nicht unterlassen haben, sie aufzuführen. Abreibungen wurden sehr reichlich vorgenommen, die Anlage zum Abbruchwert eingesezt, da ja das Grundstück, wenn es nicht mehr zu Weiterzwecken verwendet werden würde, doch fast wertlos wäre — so meint S. Die Anschaffung einer neuen Maschine hielt man auch nicht für nötig, in der Bilanz anzugeben. Fabrikate und Rohmaterialien fehlten in der Bilanz. Ein Vorstandsmitglied verweigerte die Unterschrift, ehe ihm nicht Belege und Bücher vorgelegt würden, ein anderer Genossenschafter behauptet, daß er in der Versammlung bei Beanstandungen die Antwort bekommen habe, die Abrechnung sei so richtig, und ein weiterer beklagte sich, daß die Bücher nie zusammen aufzufinden waren. Ein Bücherfachverständiger glaubt nicht, daß die Angeklagten auf Grund raffinierten Vorgehens zu der falschen Bilanzstellung gekommen seien, im Gegenteil hätten sie am Gegebenen gehen und sich nur schwer zu Neuerungen verstehen können, besäßen mit einem Wort zu wenig Verständnis für die Aufstellung einer Bilanz. Der Staatsanwalt beantragte, da sich eine offensichtlich falsche Aufstellung nicht nachweisen lasse, beide Angeklagte freizusprechen. In einem Freispruch kam auch das Gericht, betonte jedoch, daß die Bilanz falsch war in bezug auf die Debitoren und die Einschusspflicht. Sie hätten auch das Sparguthaben, das in den nächsten Tagen abgehoben wurde, aufnehmen müssen. Vom Grundstückskonto seien höhere Abschreibungen gemacht als notwendig, doch komme es auch bei Aktiengesellschaften vor, daß wertvolle Betriebsmittel niedrig gebucht seien. Bedenklich sei die sofortige völlige Abschreibung der neuen Maschine. Den Angeklagten sei anzuraten, herartige gewalttätige Maßregeln zu unterlassen, wenn man nicht auf unrichtige und irreführende Bilanz schließen solle. — Der bestohlene Kellnerlehrling. In Schwartau verwarnte ein Kellnerlehrling sein Vermögen in einer Kassetten, die auf dem Tisch stand. Er verlor den Schlüssel dazu, weshalb er die Tür zu seiner Stube um so sorgfältiger verschloß. Erprobieren wurde er seines Besitzes beraubt. Zwar war die Kassetten wieder sorgfältig verschlossen, doch ihr Inhalt fehlte. Die Tür war erbrochen. Um die Zeit des Diebstahls gab ein Knecht und Aufwärtshilfsler S., aus Dessau gebürtig, mehr Geld als üblich aus. Er kaufte auch Kleider und Wäsche, und ließ dabei ein 20-Markstück wechseln. Das Geld hierzu will er von Lohn und Erntegeld zusammengespart haben, die Anlage dagegen nimmt an, es sei dem Kellnerlehrling gestohlen. S. sucht seinen Verdienst so zusammenzurechnen, daß ihm die gemachten Einkäufe als redliches Geschäft neben den sonstigen Ausgaben zugetraut werden kann. Der Staatsanwalt rechnet aus den

Angaben des S. heraus, daß er bedeutend mehr ausgegeben habe, als er im Besitz haben konnte. Für die Täterschaft sprächen aber insbesondere seine Diebstahlsverurteilungen. Er beantragte unter Berücksichtigung mildernder Umstände 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. Das Gericht kann sich von der Schuld nicht völlig überzeugen und spricht den Angeklagten mit der Mahnung frei, die Hände von fremdem Gut wegzulassen. Wäre das Gericht zu einem Schuldspruch gekommen, hätte es auf Zuchthaus erkennen müssen.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schlosser aus Altona, der gestern nachmittag in einer hiesigen Wirtschaft einem Arbeiter aus Hamburg eine Taschenuhr gestohlen hat.

pb. Wem gehört das Fahrrad? Am Sonnabend, dem 19. d. Mts., ist in einem hiesigen Geschäftshaus ein Fahrrad untergebracht und bisher nicht abgeholt worden. Das Fahrrad ist ohne Marke, die Fabriknummer ist 31039. Der Sattel ist neu und führt die Bezeichnung „Cito“. Der Rahmenbau und die Felgen sind schwarz, von der Glocke fehlt die obere Hälfte, ebenfalls fehlt der obere Teil der Handbremse. Der hintere Mantel ist an 2 Stellen gestiftet, der vordere Mantel führt die Bezeichnung „Cyltop“. Das Rad hat Freilauf und Rücktrittsbremse. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Fahrrad von einem Diebstahl herührt. Das Fahrrad befindet sich im Bureau der Kriminal-Polizei.

pb. Keinen Wandergewerbebeschein. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Lübz, der in hiesiger Stadt das Handwerkszeug ausübte, ohne im Besitze eines Wandergewerbebeschein zu sein.

pb. Diebstahl. Am 22. d. Mts. zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags sind aus der Veranda eines an der Alexanderstraße belegenen Hauses ein Regenschirm mit Nähzeug und eine Brille mit Futteral vermutlich von 2 Knaben im Alter von 10—14 Jahren gestohlen worden. Ein schwarze Handtasche, welche die Diebe auch mitgenommen hatten, wurde auf der Straße wiedergefunden. Einer der Knaben trug einen grauen Anzug und graue Mütze, der andere einen dunklen Anzug und dunkle Mütze.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Morgen wird der bekannte Possenspieler „Polnische Wirtshaft“ neu insstudiert gegeben. Die Besetzung ist eine vortreffliche, denn die beiden beliebtesten Sänginnen Fräulein Klerwin und Fräulein Renner treten darin auf. Auch das Ballet wird mehrere Einlagen tanzen. U. a. den entzückenden Walzer „An der schönen blauen Donau“. Die urkomische Rolle des Mangelsdorf spielt Herr Herbecker. In Vorbereitung ist „Heimat“ im Schauspiel und der Operetten-spieler „Puppen“.

Sänglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags Schwartauer Allee 44a statt.

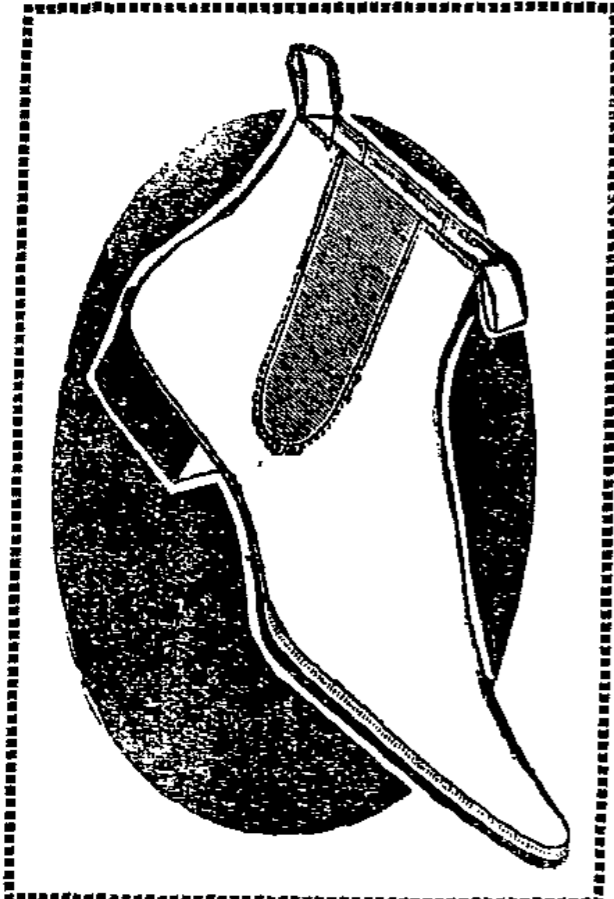
Die öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade I) hat ihre nächste Sprechstunde am Freitag, dem 26. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Hamburg. Zum Streik der Hamburger Werftarbeiter. Zu der Erklärung der Hauptvorstände machen die Vertrauensleute der Werftarbeiter einige Mitteilungen. Sie geben zu, daß sich der Beginn des Streiks nicht mit dem Statut vereinbaren lasse. Die Mehrzahl der einseitigen Hamburger Werftarbeiter bedauere auch die ersten Arbeitsniederlegungen, könne aber diesen Schritt, der sich aus allem Vorausgegangenem erkläre, sehr wohl begreifen. Im Jahre 1907 setzten die Werften die Einstellungs-löhne fest, 1910 wurden diese in der Praxis überholten Einstellungs-löhne zu Grunde gelegt, als die Arbeiter nach neuemäßigem Streit eine Erhöhung der Einstellungs-löhne um 2 $\frac{1}{2}$ erzielt hatten. Die derzeit bestehenden Löhne wurden um 2 $\frac{1}{2}$ erhöht, die Arbeitszeit pro Woche um eine Stunde verkürzt. Da die Werften bei der Wiederaufnahme der Arbeit sich auf den Standpunkt stellten, daß die rückständigen Affordverdienste nicht ausgegahlt zu werden brauchten (das sei ein Irrtum in den Abmachungen), legten die erbitterten Arbeiter unter ähnlichen Umständen, wie am 14. Juli d. J. die Arbeit sofort nieder, bis nach zehn Tagen die Auszahlung der rückständigen Affordüberschüsse zugestanden wurde. Die Frage der Afforde hat denn auch seit 1910 die größte Rolle gespielt und die meisten Konflikte hervorgerufen. Die Arbeitsordnungen bestimmen, daß derjenige seinen Affordüberschuss verliert, der seine Entlassung nimmt, oder aus den Gründen des Kaufschuß-Paragrafen 123 der Gewerbeordnung entlassen wird. Die unerhörte Härte dieser Bestimmung, die bisher vergeblich vor den Gerichten angefochten wurde, wird erst dann recht klar, wenn man bedenkt, daß die Afforde teilweise bis zu einigen tausend Stunden laufen. Durch rigorose Affordreduzierungen wurden die geringen Erfolge der Bemessung von 1910 zum guten Teile wieder wettgemacht. Bei einzelnen Arbeitern wurde ein dem Stundelohn übersteigender Afforddienst überhaupt nicht mehr erzielt. Seit einigen Monaten ging man bei der Firma Blohm & Voß dazu über, die Afforde in der Weise zu regeln, daß in ganz willkürlicher Weise „angrenzende Bauteile“ oder „angrenzende Bauteile nach Angabe des Meisters“ dem Afforde zugeschlagen wurden. Besonders hatten darunter die Mieter zu leiden. Dafür ein Beispiel. Bei Blohm & Voß wurde einem Mieter vom Kalkulationsbureau ein Afford pro 100 Rieten mit 6 $\frac{1}{2}$ bezw. 12 $\frac{1}{2}$ berechnet, d. h. daß ein Teil der Arbeit höher zu bewerten war. Nach Fertigstellung der Arbeit setzte der Meister den Preis für den höher zu bewertenden Teil der Arbeit von 12 $\frac{1}{2}$ auf 6 $\frac{1}{2}$ herab. Eine Beschwerde des Mieters hatte seine Entlassung zur Folge. Eine Kommission, die wegen dieser Sache bestellt wurde, wurde nicht nur abgewiesen, sondern sie mußte sich Beleidigungen über die beteiligten Arbeiter sagen lassen. Diese Dinge brachten in die Arbeiterchaft die Erregung hinein, die zur Arbeitsniederlegung am 14. Juli führte, als die Werftarbeiter durch Einstellung gelber Elemente und Entlassung organisierter Arbeiter provoziert wurden. — Wie die Verwaltungsstelle Hamburg des Metallarbeiterverbandes bekannt macht, wird die erste Unterstützung an ihre streikenden Mitglieder am 26. Juli ausgezahlt. Eine nennenswerte Anzahl von Streikbrechern hat sich bis jetzt nicht heranschaffen lassen, was bei der großen Zahl wird, verführt man, Reparaturarbeiten im Zustande fertig zu stellen, damit in der Schiffsahrt keine Störungen eintreten. Hält der Streik längere Zeit an, so werden sich solche Störungen nicht mehr vermeiden lassen.

Hamburg. Zum Redakteur des „Hamburger Echo“ ist der Genosse Jan Reike in Begeleit erwählt worden. Genosse Reike ist von Beruf Buchdrucker, war viele Jahre in Hamburg als solcher tätig und wurde vor fünf Jahren zum Vertreter der „Bremer Bürgerzeitung“ im Begeleit der Industriegebiet bestellt. Diesen Posten vertritt er nun mit dem jüngst ausgeschiedenen eines Redakteurs am „Hamburger Echo“.

Bremen. Zum Werftarbeiterstreik in Bremen. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, soweit sie auf den Werften in Bremen beschäftigt sind, haben in einer Sonder-Versammlung beschlossen, nicht am Streik teilzunehmen, bis der Konflikt im Sinne der Hamburger Konferenzbeschlüsse geregelt ist.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: J. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.



Freitag
25
Juli



Beginn unseres diesjährigen

Saison-Ausverkaufs.

Verein der Schuhwaren-Händler für Lübeck. E. V.

W. Blumenthal,
Kohlmarkt 1.

Louis Cantor,
Breite Straße 53.

Auguste Popp,
Breite Straße 7.

Frdr. Baurenfeind,
Mühlenstraße 34.

F. Rosenberg,
Mühlenstraße 7.

Carl Buchholz,
Schwartauer Allee 4.

Frdr. Busch,
Mühlenstraße 27.

Frdr. Meyer,
Hüxterdamm 2.

(5652)

W. Ewert,
Untertrave 3a.

Verkauf 5655
lebender Butt
am Freitag,
dem 25. Juli 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstentorbrücke.

Die Geburt eines strammen Stammhalters zeigen an Ludwig Helm u. Frau Rosa, geb. Garstens, Lindenstraße 36. (5664)

Ein Mädchen 5660
für guten Lohn zum 1. August gel. Kaiser-Café, Lübeck, Holstentor.

Möbl. Zimmer zu verm. 5657
Schwartauer Allee 157, I.

Eine Wohnung
1. Oktober zu vermieten. Preis 170 Mk. (5658)
Näheres Schwartauer Allee 96.

Ein großer hölzerner Koffer und ein großer kupferner Kessel plattmangels halber zu verkaufen 5667
Lübeckstraße 7a, part.

Starkes Arbeitsrad mit Freilauf und Ketttrittbremse billig zu verk. 5654
Segebergstraße 20, II.

Gutgeh. Kinderwagen zu kaufen gesucht. Dr. unter K O an die Exp. (5668)

Gesucht Augenzeugen, welche gesehen, wie am Sonntag, d. 20. Juli, abends 10 Uhr, am Geibelplatz eine Leihmaschine ohne angefahren worden ist. Dieselben werden hiebei gebeten, ihre Adresse J. Petersen, Nichte Dierstraße 14, zukommen zu lassen. (5669)

Wie bekannt, zahlte die höchsten Preise für **Handschuhen, Stiefeln, Hüte, Mäntel, Kleider, etc.** (5670)
Schöne gerüht, Holstentorstraße 2a.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
Abteilung für Manufakturwaren
111 Königstraße 111.
Mitglieder!
Sie tun gut, wenn Sie bei Bedarf unsern großen
Verkauf von Resten
zu Einkäufen benutzen. Es sind u. a.
Reste für Kleider, Röcke und Blusen
in großer Auswahl am Lager. 5662

Konzerthaus Fünfhausen.
Morgen Freitag: **Große Tanzmusik.**

Schuhwaren
für Kinder, Damen und Herren in großer Auswahl. (3710)
Damenstiefel . . . 4.95—12.50
Herrenstiefel . . . 5.50—14.95
Kinderstiefel, Gr. 22—35, in den Preislagen . . . 1.95—6.25
Saabalen, braun Segeltuch, Paar . . . 1.08, 1.25, 1.48
Saabalen, ledern, Paar . . . 1.58, 1.78, 1.98, 2.28
Anzüge f. Kinder . . . 2.25—13.—
Herren-Anzüge . . . 12.85—47.50
Arbeiter-Garderobe sehr billig.
Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** 10 Markt 4
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlofferhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Juwel-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Hosen, schräge u. gerade, 1.28, Kragen, Hemden, Schlafterhosen, Regenjacken, Plakemäntel ertamlich billig. Näheres von 30 Pf. bis 1.58 Mk. Rote Lubecam.

General-Versammlung der **Kranken- und Sterbe-Kasse „Amicitia“** E. H. Nr. 18 am **Sonabend, 26. Juli 1913** abends 8 1/2 Uhr im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom ersten halben Jahre 1913.
2. Wahlen.
3. Beratung über Änderung unserer Krankenkasse.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand. 5645

Gebe jeden Freitag u. Sonnabend auf 1 Pfd. Margarine zu 60, 70, 80 oder 90 Pfg. eine hochlegante Tasse; auf 2 Pfd. Margarine zu 60, 70, 80 oder 90 Pfg. ein Milchguß, Zuckerschale, Teeanne oder Kaffeekanne. Ferner empfehle frische Grassbutter, p. Pfd. 1.18 Mk. Diverse Sorten Käse zu billigsten Preisen. Pilawennus per Pfd. 30 Pfg. (5666)
H. Scheel, Beckergrobe 31.

Arbeiter-Gesang-Verein „St. Jürgen“.
General-Versammlung am **Freitag, dem 25. Juli 1913** im Lokale „**Weißer Engel**“. 5668
Der Vorstand.
Gasthof Am Kreuzweg Seeretz.

Abtanz-Ball am **Sonabend, d. 26. Juli.** Anfang 4 Uhr, für Erwachsene 9 Uhr **Eintritt frei.**
Hierzu ladet freundlichst ein 5653)
Emil Cordts.

Lübecker Sommer-Theater i. d. Stadhallen. Dir. Ernst Albert.
Freitag, den 25. Juli:
Der **Rosenkrieger**:
Polsische Wirtschaft.
Große Woffe mit Gesang und Ballett-einlagen. Musik von Gilbert (Komponist des **Aurore**lebchen).
Sonabend, den 26. Juli:
Die Liebe hört nimmer auf.
Novität von **Otto Ernst.**
Da Mittwoch zur Vorstellung **Wilmzauer**, des total ausverkauften **Saujes** halber, viele keinen Platz bekommen konnten, wird der **Operettenschlager Dienstag, den 29. Juli**, wiederholt.
5665) Anfang stets 8 1/4 Uhr.

Lodz.

lv. Das große Zentrum der polnischen Textilindustrie Lodz steht mitten im Kampfe. 60 000 Arbeiter, also zwei Drittel der gesamten Arbeiterbevölkerung dieses polnischen Manchesters haben die Arbeit eingestellt oder sind ausgesperrt. Und Lodz, die zweitgrößte Stadt Russisch-Polens, eine Stadt mit beinahe einer halben Million Bevölkerung, ist im Innersten aufgewühlt. Denn in dieser Arbeiterstadt mit der glorreichsten revolutionären Tradition wird jeder ökonomische Massenstreik zu einem Klassenkampf im vollen Sinne des Wortes. Hier wird das Wort von Marx zur Wahrheit: das Proletariat kann seinen gebeugten Rücken nicht aufrichten, ohne daß die ganze bürgerliche Gesellschaft sofort zu Krachen beginnt.

Die Vorgeschichte der Lodzer Kämpfe ist ebenso qualitativ wie die Kämpfe selbst. Sie sind ein Wiederhall der Revolutionsjahre und sind als Resultat der Erniedrigungen der konterrevolutionären Jahre entstanden. Damals, in den Jahren 1905 und 1906, hat eine vollständige „Umwertung aller Werte“ in Lodz stattgefunden und der elende, in Not und Hunger darben, nach Freiheit und Licht schmachende Lodzer Proletariat ist zu einem Rebellen geworden, der beinahe die Arbeitsbedingungen seinem Fabrikherrn diktierte.

Aber diese Errungenschaften gingen wieder verloren durch die Niederlage des Proletariats in ganz Rußland. Die Konterrevolution hat gefiegt, und der Zarismus eilte zur Hilfe der Lodzer Kapitalisten ebenso hastig herbei, wie er es früher getan hatte, als die Großgrundbesitzer durch die häuerlichen „Illuminationen“ bedroht wurden. Ausperrung und Galgen, Hunger und Blei sollten den Lodzer Proletariat wieder zur Vernunft bringen. Das Kapital und der zarische Henker arbeiteten hurtig daran, den Rebellen wieder in alte Ketten zu schmieden. Sie haben das ihrige vollbracht. Und es gelang, denn die Revolution in Rußland war schon tot.

So war es bisher, so wird es auch fortan bleiben — heißt es im Zarenreich. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten lehnten sich gegen die Gewalt und Uebermacht immer wieder auf, und sie werden es auch weiter tun — so lange diese zarische Uebermacht und diese verhaßte kapitalistische Ausbeutung auf ihnen lasten wird.

Die Lodzer Fabrikanten, kapitalistische Ausbeuter schlimmster Art, haben den Bogen überspannt. Der zarische Bluthund Rasnaoff, der der Arbeiterklasse von Lodz Hunderte und Tausende seiner Söhne entriß; Rasnaoff, den die Lodzer Fabrikanten Jahre hindurch für den Preis Tausender von Rubel unterhielten — dieser Rasnaoff ist fort, aber das Lodzer Proletariat ist geblieben. Und sein blutiges Unrecht war nach wie vor da, und der Funke der Revolte glimmte in der Asche.

Die Löhne der Lodzer Arbeiter sind auf ein solches Hungerniveau herabgedrückt worden, daß, wie die christliche Wohltätigkeitsgesellschaft sagt, die jetzt eine Aufforderung an die Kämpfenden zur Einstellung des Kampfes gerichtet hat, darüber „wahre Legenden“ in Lodz zirkulieren, die Entrüstung und Verwirrung hervorrufen. Und man muß den „Lodzermensch“ kennen, um zu wissen, daß er zum Mitleid mit dem Proletariat nicht allzu bereit ist! Die Arbeitsweise, die Behandlung, die ärztliche Hilfe — alles das ist auf dem Prinzip aufgebaut, daß der Fabrikherr Herr im Hause ist. Und zu alledem gesellte sich noch im Anfang dieses Jahres eine monatelange Arbeitslosigkeit. Tausende von Ar-

beitern wurden entlassen und sich selbst, ohne jegliche Hilfe, überlassen. Wie Fliegen brachen sie auf dem Straßenpflaster vor Hunger zusammen oder schickten ihre unmündigen Töchter auf die Straße.

Jetzt aber ist die Hochkonjunktur für Lodz gekommen. Die Fabriken sind mit Bestellungen überhäuft. Und die Arbeiter wollen auch profitieren. Sie fordern Lohn-erhöhung. Anfangs, durch die bittere Erfahrung gelehrt, daß man den blutigen Zarenbeamten keinen Anlaß zu irgendwelchem Eingreifen geben soll, stellten sie nicht sofort nach Absage ihrer Forderung die Arbeit ein, sondern kündigten in der geleslich vorgeschriebenen Frist. Manche Fabrikanten, meistens diejenigen, die größere Vorräte nicht besitzen oder Spezialartikel produzieren und von dem Abnehmer mehr abhängig sind, gingen auf die Forderungen ein. Anders die großen Fabrikanten, die Magnaten der Industrie, alle jene Scheibler, Pognanski, Grohmanns, Geyer, Heinkel, Kunigers und andere. Diese verfügen über Kapitalien, die dem Arbeiterkampf monatelang standhalten können. Sie besitzen größere Vorräte, die sie in den Zeiten der schlechten Konjunktur angehäuft hatten, wo sie den Arbeiter nur drei, vier Tage wöchentlich arbeiten ließen, aber fast ebensoviel Arbeit aus ihm herauspreßten, wie in der vollen Woche. Sie haben auch keine Angst vor dem Abnehmer, denn sie beherrschen den Markt. Und auf die Forderung der Lohn-erhöhung antworteten sie — mit der Aussperrung. Ihre alte, erprobte Waffe, mit der sie einst im Jahre 1907 die Lodzer Proletariat nach einem Kampfe von drei Monaten niedergezwungen, haben sie der Rüstammer entnommen und schwingen sie wieder wie eine Fuchtel über der tausendköpfigen Proletariat-armee. Von keinen Verhandlungen, von keinem Schiedsverfahren wollen sie etwas hören, die Aufrufe der christlichen Wohltätigkeitsgesellschaften stoßen sie von sich. Sie requirieren die zarischen Beamten, die Kosaken und Militärs in die Stadt rufen, sie selbst aber paden ihre Kostbarkeiten ein und fahren ins teure „Waterland“ — nach Berlin.

Die 60 000 Mann starke Arbeiterarmee ist ganz sich selbst überlassen. Sie besitzt keine offenen Organisationen, denn die Gewerkschaften, die in dem Jahre 1906 entstanden, sind seitdem zertrümmert. Einzige Anlässe illegaler, geheimer politischer und gewerkschaftlicher Organisationen der Sozialdemokratie sehen ihr bei. Sie kann auch — wie völlig zutreffend die christliche Wohltätigkeitsgesellschaft in dem oben erwähnten Aufruf hervorhebt — auf keine Hilfe von seiten der bürgerlichen Gesellschaft rechnen. Sie ist ganz sich selbst überlassen. Und in der Stadt wüten schwer die zarischen Kosaken. Trodem die Arbeiter sich ganz ruhig verhalten und weder die „Ordnung“ noch die „Sicherheit“ bedrohen, verhaftet die Polizei auf der Straße alle, in deren Arbeitsbuch der Vermerk der Arbeitskündigung steht. In Handschellen und unter Begleitung von Kosaken werden sie nach Polizeiwachstuben geschleppt, wo sie oft mißhandelt und geschlagen werden. Die Lokalpresse darf über diese Dinge nichts schreiben, denn die Polizei weiß das zu verhindern.

Die polnische und die russische Sozialdemokratie tut das ihrige. Sie muß auf der Hut sein, um alle der Bewegung drohenden Gefahren von ihr abzuwenden und sie im Interesse der Organisation und vor allen Dingen der revolutionären Aufklärung der Arbeitermassen auszuweichen. Die Bewegung breitet sich mit jedem Tage mehr aus, und schon hat sie neben den Textilarbeitern die Straßenhauer und die Gasarbeiter ergriffen. Es

kann passieren, daß sie der schwachen Führung über den Kopf wächst, wenn dies nicht schon jetzt der Fall ist. Die russische Sozialdemokratie hat sich, soweit in ihren Kräften steht, der Sache der Lodzer Arbeiter angenommen, und die Dumafraktion hat eine dringliche Anfrage über das Verhalten der Lodzer Behörden in der Duma eingebracht. Die Anfrage ist nicht mehr zur Verhandlung gekommen, da die Duma soeben zu den Sommerferien auseinanderging. Ohne Zweifel wird die russische Arbeiterschaft, die soviel bewundernswerte Opferfreudigkeit so oft und gerade wieder in der letzten Zeit an den Tag gelegt hat, den Lodzer Arbeitern tatkräftig zu Hilfe kommen. Leider sind ihre Kräfte, angehts des Mangels an starken Gewerkschaften, nicht groß genug — handelt es sich doch in Lodz um einen wöchentlichen Lohnausfall von 650 000 Mark. Dann aber wird sich gewiß die Arbeiterschaft Deutschlands daran erinnern, daß sie den Lodzer Brüdern in den schwersten Zeiten schon manchmal beigekommen hat, sie wird ihre kämpfenden Klassengenossen der Nachsicht ihrer Feinde nicht preisgeben, ohne versucht zu haben, durch aktive Hilfe den Kampf zu ihren Gunsten zu gestalten.

Aus der Partei.

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes der württembergischen Landesorganisation

an die Landesversammlung, die nächsten Sonnabend und Sonntag in Stuttgart stattfindet, bedeutet ein großes Stück Arbeit. In die neunmonatige Berichtsperiode fielen die Landtagswahlen. Der Bericht skizziert den Verlauf und das Ergebnis des Wahlkampfes in seinen Hauptzügen und hebt dabei hervor, daß die Differenzen in der württembergischen Parteiorganisation von den Gegnern weidlich ausgeschlachtet wurden. Der Erfolg kann denn auch nicht voll befriedigen, besonders nicht hinsichtlich der gewonnenen Mandate. Bei den Landesproporzahlen zeigte sich eine sehr schwache Beteiligung. 24 000 sozialdemokratische Wähler gingen weniger zur Wahl als vier Wochen zuvor bei den Bezirkswahlen. Hätten sämtliche Wähler vom ersten Wahlgang allein in Stuttgart ihr Wahlrecht wieder ausgeübt, so hätte das genügt, uns ein weiteres Mandat zu sichern. Auch im südlichen Landeswahlkreis entging uns ein Mandat durch laue Abstimmung. Der Landesvorstand macht für die Laufzeit der Wähler zum erheblichen Teil das umständliche Wahlverfahren mit seinen drei Wahlgängen verantwortlich und fordert die Wahl aller Abgeordneten durch den Proporz an einem Wahltage, der natürlich ein Sonntag sein soll. Ein Antrag in diesem Sinne wurde von unserer Fraktion im Landtag bereits gestellt, kam aber noch nicht zur Behandlung. Bei einem solchen Wahlverfahren würde die Sozialdemokratie zu der ihr gebührenden Vertretung gelangen, während sie heute um neun Mandate betrogen ist.

Wie früher, so begegneten unsere Genossen bei der Agitation in den finsternen Gebieten des Zentrums und des Bauernbundes großen Schwierigkeiten. Der Terrorismus nimmt dort Formen an, bei denen unsere die Parteiliebe ausführenden Genossen ihres Lebens nicht sicher sind. Die Lokalabtreibung nahm besonders im schwarzen Oberland größeren Umfang an als bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen. Im 17. Reichstagswahlkreis fanden unseren Kandidaten in 148 Orten ganze sechs Lokale zur Verfügung. Mancher Wirt erklärt offen, nur die dauernde Schädigung durch Zentrum hindere ihn an der Hergabe seines Lokals. Trodem wurden im Gebiet des oberländischen Parteipreterariats 83 Wahlversammlungen und 113 sonstige Agitationsversammlungen abgehalten. Unsere Stimmenzahl stieg um 681. Das oberländische Sekretariat hat sich gut bewährt. Auch die Bezirkspresse hat im Wahlkampf treffliche Dienste geleistet. Die Organisation hat trotz der wachsenden wirt-

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

38. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Ein schönes Wunder — das! Darf man einem armen Teufel, der noch mit achtzig Jahren sein Brot zusammenbetzelt, einen so kleinen Dienst verweigern? Nach allem — er ist doch ein braver Mensch. Jeder interessiert sich für ihn, weil er ehrlich ist, wenn er auch ein lieberliches Leben führt und große Frömmigkeit heuchelt.“

„Das scheint mir auch so.“

„Wah... was für Tugenden sollten so unglückliche Menschen denn noch haben? Es ist schon viel, wenn sie nur Laster haben und keine Verbrechen begehen. Urteilt er trotz allem nicht vernünftig?“

„Ich war schließlich davon betroffen. Aber warum hält er sich für den Anel eines jeden Menschen — ist das nicht ein Körnchen Berrüchtheit?“

„O nein... es ist nur Affektiertheit. Viele Unglückliche seines Handwerks haben eine fixe Idee, um sich spaßhaft zu machen — um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und die zu amüsieren, die weder aus Mitleid noch zur Vorsicht ein Almosen geben würden. Zu allem Unglück ist es bei uns Sitte, daß die Vermittler der Armen den Dienst als Possenreißer versehen müssen vor den Türen der Reichen... Aber wir sind hier schon auf dem Bachthof von Mandemont, Kamerad. Warten Sie — treten Sie nicht ein, glauben Sie mir. Sie können sich beherrschen, daran zweifle ich nicht. Aber sie, die nicht darauf gefaßt ist — sie könnte leicht einen Schrei tun, ein Wort ausrufen... lassen Sie mich sie wenigstens benachrichtigen.“

„Aber sie sind ja noch alle auf den Beinen im Dörchen — wird man die Anwesenheit eines Fremden nicht bemerken, wenn ich hier bleibe und Sie erwarte?“

„So tun Sie mit den Gefallen und gehen Sie in den alten Park — zu dieser Stunde geht niemand darin spazieren. Sehen Sie sich ganz vernünftig in eine Ecke. Wenn ich zurückkomme, pfeife ich, mit Verlaub, als wenn ich einen Hund riefe, und Sie kommen dann wieder zu mir.“

Demor ergab sich schweren Herzens in sein Schicksal... in der Hoffnung, der erfindische Müller würde schon einen Vorwand finden, Marcella an diesen Ort zu führen. Und langsam folgte er dem Pfad, der sich durch das Laubgewölbe des Parkes dahinwand — jeden Augenblick horchte er auf, hielt den Atem an und lehnte wieder um, den Augenblick einer glücklichen Begegnung ersahnend...

Er hatte noch gar nicht lange gewartet, als er auch schon leichte Schritte vernahm, die den Rasen sanft zu streifen schienen, und ein Raschel in dem Gebüsch sagte ihm, daß sich jemand näherte. Er drang in das Dickicht ein, um sich zu versichern, ob er sich auch nicht täusche, und sah ein unbestimmtes Etwas, das sich ihm geheimnisvoll näherte... es war die Gestalt einer ziemlich kleinen Frau. Nur zu leicht glaubt man an das, was man sehnsüchtig wünscht, und Heinrich, der nicht im entferntesten ahnte, daß dies die von dem Müller geliebte Marcella nicht sein könnte, zeigte sich und eilte dem Gespenst entgegen.

Doch plötzlich... da... er hielt betroffen inne... er hörte eine fremde Stimme mit ängstlicher Vorsicht rufen: „Paul!... Paul!... Bist du da, Paul?“

Heinrich sah ein, daß er sich geirrt und dachte, es sei dies ein einem anderen gewährtes Stelldichlein — er wollte sich entfernen. Doch, als er auf einige dicke Äste trat, gab es ein Geräusch, und als die Irre ihn jetzt mitten in ihrem Liebestraum bemerkte, folgte sie seinen Schritten mit der Schnelligkeit eines Pfeiles und rief mit klagender, bittender Stimme:

„Paul!... Paul!... Ich bin hier... Paul, ich bin es ja... geh' doch nicht fort, Paul!... Ach, Paul, immer, immer wieder gehst du fort... und läßt mich so allein... so ganz allein...“

XXIV.

Demor beunruhigte sich anfänglich nicht sehr um das Abenteuer. Er dachte, unter dem Schutze der Nacht würde es ihm ein Leichtes sein, diesem Mädchen zu entgehen, das er nicht genau erkennen konnte, um ihren Wahnsinn zu vermuten. Es schmeichelte natürlich seiner Eigenliebe, viel schneller laufen zu können als sie. Doch bald mußte er einsehen, daß er sich täuschte, und er trotz aller Gewandtheit, über die er verfügte; sich kaum in einiger Entfernung zu halten vermochte. Da er den Park durchqueren mußte, befand er sich bald in der hinteren Allee, in der die Birkoline nach ihrer Gewohnheit ganze Stunden lang auf- und abwanderte und deren Gras an manchen Stellen von ihren Füßen völlig zerstampft worden war. Bisher hatten die Wurzeln auf der Erde und die Unebenheiten des Pfades den Flüchtling ein wenig gehindert — jetzt in der Allee entfaltete er seine ganzen Kräfte, um einen Vorprung zu gewinnen. Aber sobald die Irre unter dem Einfluß eines feurigen Gedankens stand, wurde sie leicht wie ein dürres Blatt, das der Sturmwind entführt. Sie folgte ihm nun so schnell, daß Demor sich über-rascht und verwirrt von neuem in das Dickicht stürzte und in dem Dunkel zu verschwinden suchte — es lag ihm sehr daran, nicht aus der Nähe gesehen zu werden, damit man ihn später

nur ja nicht wiedererkennen könne. Doch die Irre kannte jeden Baum und jeden Strauch — ja, sozusagen jeden Ast des ganzen Parkes. In den zwölf Jahren, die sie hier zugebracht, war auch nicht ein Schlupfwinkel übrig geblieben, in den sie nicht gewohnheitsmäßig eingedrungen wäre, obgleich ihr Geisteszustand sie verhinderte, eine vernünftige Beobachtung zu machen. Und dann auch machte die Exaltation ihres Wahnsinns sie für den physischen Schmerz völlig unempfindlich. Sie würde die Fäden ihres Fleisches an den Dornen des Dickichts haben lassen können, ohne es zu bemerken, und dieser sozusagen kataleptische Zustand verleiht ihr einen nicht zu unterschätzenden Vorteil über den Mann, den sie erreichen wollte. Uebrigens war sie so klein von Gestalt, ihr entkräfteter Körper brauchte so wenig Raum, daß sie wie eine Eidechse zwischen den gedrängt stehenden Stämmen hindurchglitt, wo Demor gezwungen war, sich mit großer Anstrengung einen Durchgang zu bahnen — und öfters noch mußte er wieder umkehren.

Da er sich noch bedrängter sah als vorher, flüchtete er in die Allee zurück, seine Verfolgerin noch immer auf den Fersen. Da entschloß er sich, den Graben zu überspringen, obwohl er des dichten Gestrüpps wegen die Breite nicht recht abzuschätzen vermochte. Und er nahm einen gewaltigen Anlauf... und stürzte in den Dornen in die Knie. Doch kaum hatte er sich wieder erhoben, als auch schon das Gespenst durch dieses Hindernis schlüpfte, ohne darüber hinweg-zuspringen und ohne weder Steine noch Brennessel zu beachten. Und schon war sie an seiner Seite und klammerte sich an seine Kleider...

Als er sich von diesem wirklich Entsetzen erregenden Wesen ergriffen sah, glaubte Demor der Spielball eines bösen Traumes zu sein — seine Einbildung war lebhaft wie die eines Künstlers und Dichters. Und indem er sich sträubte, als sei dies ein Ringen mit einem gräßlichen Traumbild, gelang es ihm, sich von der Wahnsinnigen loszureißen, die unverständliche Schreie ausstieß, und seinen Lauf wieder aufzunehmen — querfeldein...

Sie aber stürzte ihm nach — ebenso flüchtig auf den scharfen, verletzenden Stoppeln eines frisch abgeernteten Feldes, als sie es in dem Dickicht des Parkes gewesen. Am Ende des Grundstückes schwang sich Demor über eine neue Einfriedigung und befand sich auf einem steil abfallenden Wege. Doch er hatte noch keine zehn Schritte getan, als er auch schon das Gespenst wieder hinter sich hörte, das noch immer mit erstarrter Stimme schrie:

„Paul, Paul... warum willst du denn fortgehen?“

Diese Flucht hatte etwas Phantastisches an sich, das sich Demors Einbildung mehr und mehr bemächtigte. In dem

schafflichen Unfertigkeit gute Fortschritte gemacht, wenn sie auch das Maß des Vorjahres nicht erreichten. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 357 auf 377, die Zahl der männlichen Mitglieder von 33 843 auf 36 104, die der weiblichen von 2884 auf 3298. Im ganzen ist also eine Zunahme um 2675 Mitglieder zu verzeichnen. Nur in sechs von 64 Oberämtern fehlt es noch an einer Parteiorganisation. Der Mitgliederzuwachs verteilt sich fast gleichmäßig auf das ganze Land, nur ein schwach entwickelter Wahlkreis hat einen kleinen Verlust aufzuweisen. Auch die Bildungsarbeit wurde gepflegt. Im Besitz von Bibliotheken befinden sich 233 Ortsvereine. Der Beschluß der vorjährigen Landesversammlung, einen weiblichen Sekretär anzustellen, konnte wegen Mangel an Mitteln noch nicht verwirklicht werden. Die Landeskasse war durch die Häufung der Wahlen sehr stark in Anspruch genommen. Der genaue Kassensbericht liegt noch nicht vor, das aber wird mitgeteilt, daß die Zentralkasse um finanzielle Hilfe angegangen werden mußte. Sämtliche Wahlkreise erhielten Zuschüsse aus der Landeskasse, und nur der zweite Wahlkreis war in der Lage, die empfangene Unterstützung vollständig zurückzuerhalten. Die Bürgerauswahlwahlen vom Dezember 1912 brachten eine Vermehrung unserer Gemeindevertreter von 443 auf 521. Eine wichtige Frage ist durch einen Beschluß der letzten Landesversammlung aufgeworfen worden: die Zugehörigkeit von Parteigenossen zur deutschen Turnerschaft. Eine Erhebung des Landesvorstandes hat ergeben, daß in 191 Orten zusammen 1815 Parteimitglieder der deutschen Turnerschaft angehören. In einem Teil dieser Orte besteht kein Arbeiterturnverein. Für den Ausschluß der Parteimitglieder, die nicht der deutschen Turnerschaft den Rücken kehren, erklärten sich 92 Ortsvereine, gegen den Ausschluß 153 Ortsvereine. Den Erklärungen der letzteren Vereine sind zum Teil interessante Begründungen beigegeben. Wehrhaft wird verneint, der Ortsverein der deutschen Turnerschaft habe sich von allen patriotischen Kundgebungen fern, und seine Mitglieder nähmen an der Wahlarbeit für unsere Partei regen Anteil. Verschiedene Ortsvereine erklären, der Ausschluß der deutschen Turner wäre gleichbedeutend mit der Auflösung der Partei am Orte. Ein Verein erklärt sich „unter keinen Umständen für den Ausschluß, denn wir wollen recht viele deutsche Turner für die Partei gewinnen.“ Generell wird sich deshalb die Frage nicht entscheiden lassen. Eine Komplikation ist noch dadurch eingetreten, daß sich vor kurzem etwa 40 Ortsvereine der deutschen Turnerschaft zu einem neutralen Verband vereinigt haben, weil sie mit dem korporativen Anschluß an den Jungdeutschlandbund nicht einverstanden waren. Einen günstigen Eindruck macht der allgemeine Geschäftsbericht der Druckereien der „Schwäbischen Tagwacht“. Der ziffermäßige Abschluß liegt noch nicht vor. Die Pressorgane der Partei haben einen nennenswerten Abonnentengewinn gegenüber dem Vorjahre nicht erzielt. Das „Nedar-Gescho“ hat sich aus eigener Kraft finanziell hergestellt, und konnte daher einen zweiten Redakteur anstellen. In den geschäftlichen Verhältnissen des Göppinger Unternehmens ist eine dauernde Besserung eingetreten. — Der „Tagwacht-Kalender“ findet immer weitere Verbreitung. Im letzten Jahre wurden 45 000 Exemplare verkauft. Dem Bericht des Landesvorstandes ist der der Preßkommission der „Schwäb. Tagw.“ angehängt, der in umfangreicher Weise über zahlreiche Zuständigkeitskonflikte zwischen Preßkommission und Landesvorstand berichtet und von der Landesversammlung eine klare Entscheidung über die Befugnisse der Preßkommission verlangt. Der Landesvorstand erklärt, er wolle die Antwort auf die Darstellung der Preßkommission auf der Landesversammlung geben.

Ein Kämpferleben. Der Tod hält reiche Ernte unter den Kämpfern der russischen revolutionären Bewegung. Wieder ist uns ein hervorragender Führer der russischen Arbeiterbewegung entzogen worden. Nach kurzem Leiden starb in Berlin der Genosse W. Schawdia (Orlowsky), der als Vorsitzender des Arbeiterdelegiertenrates in Odessa und nachher als Redakteur kautskischer Arbeiterblätter hervorragenden Anteil an den Kämpfen der Revolutionsjahre genommen hat. Ramentlich in den Arbeiterkreisen Odessas befaß Genosse Schawdia eine ungeheure Popularität. In den stürmischen Revolutionsmonaten des Jahres 1905 stand er an der Spitze der Odessaer Parteiorganisation, er präsierte auf den tausendköpfigen Volksversammlungen, er leitete den Selbstschutz zur Zeit der von den Regierungsgenerälen organisierten Pogroms, und nicht wenige Menschen verdanken der Laikraft und Entschlossenheit des Genossen Schawdia ihr Leben. Im Prozeß des Odessaer Deputiertenrates wurde er zum Verlust aller Rechte und zur lebenslänglichen Anstaltung in Sibirien verurteilt. Er entfloß aus der Verbannung, kehrte nach dem Kaufaufsit zurück, wo er eine Zeitlang in der Partei tätig war, mußte

aber bald nach dem Auslande flüchten, wo er mit ungemeiner Energie seine Tätigkeit für die Partei fortsetzte. Er war Mitglied des Schweizerischen Bezirksbüros der russischen Sozialdemokratie, gehörte der Organisation der menschewistischen Zeitschrift „Golos Sozialdemokrata“ an, und in letzter Zeit war er auch Mitarbeiter der legalen russischen Arbeiterpresse. Das Leben im Exil, die langjährigen Kämpfe und Entbehrungen rieben auch diesen kräftigen Menschen und unermüdblichen Kämpfer auf. Raum 84 Jahre alt starb er anlässlich eines vorübergehenden Aufenthaltes in Berlin an einem Herzschlage. Die Arbeiterklasse Russlands wird dem treuen Genossen und mutigen Kämpfer stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Soziales.

Weniger Schnaps! Langsam aber sicher geht der Schnapskonsum zurück. Im Juni 1913 sind 187 044 Hektoliter Trinkbranntwein dem freien Verkehr übergeben worden gegen 187 503 Hektoliter in der gleichen Zeit des Vorjahres. Schärfer tritt der Rückgang heraus, wenn man den Verbrauch einer längeren Periode berücksichtigt. Für die letzten 6 Monate, Oktober bis Juni, im Vergleich mit derselben Zeit des Vorjahres ergibt sich eine Verminderung von 1 619 312 Hektolitern auf 1 428 489 Hektoliter oder um 80 823 Hektoliter gleich 5,85 Proz. Wenn das noch 10 Jahre so weiter geht im Tempo solcher Rückwärtsbewegung, dann ist es mit der Schnaps Herrlichkeit der Junter vorbei. Und wir hoffen: mit dem Rückgang des Schnapskonsums hält gleichen Schritt das politische Reisen im Volke. Weniger Schnaps und mehr Aufklärung! Schneller schlägt dann die Stunde der Befreiung aus Merkaler und feudaler Herrschaft!

20. Ortskrankenkassentag. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, e. V., Sitz Dresden, welcher den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe der Reichsversicherung dient und die gemeinsamen Aufgaben und Interessen der Ortskrankenkassen fördert, hält vom 18. bis 20. August d. J. von vormittags 9 Uhr ab im großen Saale des „Schleierwerders“ zu Breslau seine 20. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Dem Verband gehören zurzeit 479 Kassen und 25 Kassenvorstände mit 4 1/2 Millionen Versicherten an. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht der geschäftsführenden Kasse, 2. Wohnungsfrage und Krankensicherung, Referent: Dr. jur. Joh. Altentrath-Charlottenburg, 3. Neue Gegner der Sozialversicherung, Referent: Rudolf Wissel-Berlin, 4. Stand der neuen Organisation der Krankenkassen und deren Verhältnis zu Ärzten und Apothekern, Referent: Frähdorf, 5. Eingabe an den Bundesrat wegen Ausführung der §§ 517 und 518 der Reichsversicherungsordnung, Berichterstatter: Eickstadt-Weimar, Vorsitzender des Verbandes der Ortskrankenkassen Thüringens, 6. Das Recht der Kasseneinigungen und die Anwendung von Kassensmitteln hierzu (§§ 368 und 414 R.V.O.), Referent: Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal, 7. Verhandlungen mit deutschen und österreichischen Waderverwaltungen wegen der Benutzung von Kurabändern für die dem Hauptverbande angehörenden Ortskrankenkassen, Referent: Albert Kohn-Berlin, 8. Hinweis auf die Rezeptrepositionen für Ortskrankenkassen durch Dr. med. Landmann in Oranienburg und Apotheker A. Koffka in Wilmersdorf-Berlin, 9. Praktische Verwaltungsfragen, 10. Revision der Satzung und der Geschäftsordnung des Hauptverbandes, 11. Bestimmung des Ortes zur Abhaltung der nächsten jährigen ordentlichen Generalversammlung.

Ein internationaler Arbeiterturner-Kongress. In dem schönen Bibliotheksaal des Booruit, des prächtigen Heims der Centraler Arbeitererschaft, berieten kürzlich, wie wir der „Wiener Arbeiterzeitung“ entnehmen, die Vertreter von vier Ländern, um Beschluß zu fassen über die Gründung einer Zentrale der internationalen Arbeitererschaft für Turn- und Sportbewegung. Es waren delegiert von Belgien: Bridoux, Vricoux, Gordier, Doubois Maas, Van Langendank, Ury, Sippevelt, Mellaerts, Ferrerie, Borschaeren, de Buy Monier, Dutoit, de Wlled, Dereje, Worms; von Frankreich: Com. Pepine, V. Laine, Cardon, Saint-Bernant und Leman; von England: Tom Groam und Frau und Hagger; von Deutschland Hoff. Das Material lag gedruckt vor. Aus der Diskussion ging hervor, daß der internationale Bund ein wirklich vollständiges Turnen anstrebt. Man ist sich auch einig, die Gegner der freien Turnsache mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Es wurde sodann der Antrag auf Gründung der Arbeiterturnervereinigung auf internationaler Grundlage zum Beschluß erhoben und den deut-

lichen Turngenossen aufgetragen, diesbezügliche Vorlagen auszuarbeiten. Diese, sowie eventuell andere Vorlagen gehen an eine Kommission von sieben belgischen Turngenossen, welche die Vorlagen vorzubereiten und der internationalen Kommission, welche sich aus den Turngenossen Bridoux, Pepin, Saint-Bernant, Tom Groam und Hoff zusammenschließt, zu überweisen haben. Auf die Anregung eines Delegierten in Zukunft auch politische Fragen zu erörtern, wies der deutsche Delegierte darauf hin, daß das in Deutschland selber nicht angebracht wäre, weil man da Gefahr liefe, für politisch erklärt zu werden und dann das bischen Vereinsfreiheit noch weiter beschnitten werde. Der Sitz der internationalen Turnervereinigung wird in Brüssel auf dem Kongress, welcher im November 1913 tagen wird, festgelegt werden. Die Unkosten werden von den einzelnen Ländern getragen bis zur endgültigen Festlegung der internationalen Statuten. Ein freundschaftliches Gastmahl, welches den Delegierten geboten wurde und an welchem der Bürgermeister von Gent sowie der Abgeordnete Unseele teilnahmen, beschloß den Kongress.

Wütige Opfer des Bergbaues. Über ihr Risiko wissen die Unternehmer oft so beweglich zu klagen, daß man sich selber fragen muß, wie die armen Reichen ihre Trübsal aushalten können. Von dem Arbeiterisiko ist in der Unternehmungsdresse umso weniger die Rede, und doch handelt es sich hier um das Einsetzen des Lebens. Das Jahr 1912 war ein selten gewinnreiches für die Aktionäre und ein Unglücksjahr ersten Ranges für die Bergarbeiter. Nicht weniger als 10 522 Arbeiter sind allein im rheinisch-westfälischen Bergbau sofort getötet worden, gegen 786 im Jahre 1911! Ungeheuer groß ist die Zahl der Verkrüppelten, ganz entsetzlich haben sich die Unfälle vermehrt. Es wurden im Ruhrbergbau

Anfälle überhaupt	pro 1000	Schwere u. tödliche Unfälle	pro 1000
	angemeldet Beschäftigte		entfänglichigt Beschäftigte
1887	8 476	80,52	1 110
1900	28 020	124,48	3 176
1911	55 675	158,17	5 358
1912	59 563	162,46	5 895

Dabei immerfort ein offizielles Gerüme über unseren „in der Welt voranschreitenden Arbeiterschutz“. Statt gründlichen Lebens- und Gesundheitsschutz bescherte man den Bergleuten Scheinreformen, weiße Salbe. Von der Gesamtzahl der schweren und tödlichen Unfälle im Ruhrbergbau ereigneten sich in folgende

Gefährlichkeit des Betriebes	Mängel oder Mitarbeiter	Schuld der Verletzten
1887	66,76 Proz.	33,24 Proz.
1912	80,17 Proz.	19,83 Proz.

So bestätigt selbst die amtliche Unfalluntersuchung die zunehmende Gefährlichkeit der Betriebe. Trotzdem wehren die Unternehmer jede gründliche Reform der Unfallverhütung ab, mit Erfolg, weil die Regierung und die Parlamentsmehrheit nicht auf die Hilferufe der Arbeiter, sondern auf die Vorstellungen der Kapitalisten hören. Die Blutopfer des Bergbaues werden vermehrt, die Unternehmergewinne ebenfalls. So will es die — „göttliche Weltordnung“.

Gewerkschaftsbewegung.

Steigerung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. In den einzelnen Gegenden Deutschlands macht sich in den verschiedensten Berufen eine immer höhere Arbeitslosigkeit bemerkbar. So haben die Textilarbeiter in Romberg S.-A. neuerdings eine Zählung der Webstühle und eine Prüfung darüber vorgenommen, wie sie belegt sind. Dabei stellte sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig den höchsten Stand erreicht hat, der je zu verzeichnen war. Ende 1912 wurden 1112 Webstühle gezählt, deren Zahl sich durch Neuaufstellungen auf 1118 steigerte. Im Januar 1912 waren 840 Stühle mit Keite bezogen, 272 standen leer. Im Oktober 1912 hob sich die Zahl der belegten Stühle etwas, sank aber im Dezember auf 795. Im ersten Quartal 1913 machte sich wieder ein Steigen bemerkbar, jedoch im März wieder 846 Stühle besetzt waren. Dann ging es stark abwärts. Im Juni waren 648 Stühle besetzt und 470 standen leer, Anfang Juli war aber die größere Hälfte mit 626 leer und nur 492 Stühle waren besetzt. Naturgemäß sank auch die Zahl der Beschäftigten entsprechend und die Fabrikanten machen es sich noch insofern leicht, als sie auch die Beschäftigten noch tagelang auf Material warten lassen. Die Arbeiter machten den Versuch, diesen üblen Zustand etwas auszugleichen und baten die Fabrikanten um Freigabe des Sonnabendnachmittags. Der Wunsch wurde abgelehnt; wahrscheinlich steckt

Augenblicke, wo er sich von der Umarmung der Wahnwitzigen befreite, hatte er bei der sternklaren Nacht diese jessame Erscheinung unbestimmt unterscheiden können — ihre leichten, flachen Ansätze ... die abgehörten, mit Wunden bedeckten Arme ... und das lange, schwarze Haar, das auf die blutbesten Kleiderstücke herabsah. ... Doch der Gedanke, dieses unglückliche Geschöpf könnte wahnwitzig sein, war ihm nicht gekommen. Er glaubte sich von einer eiferfüchtigen Geliebten verfolgt, die wohl für einen Augenblick irrsinnig sein könnte, weil sie ihn beharrlich für einen andern hielt. Er jagete, ob er nicht fliehen bleiben sollte, um sie von ihrem Irrtum abzubringen. Wie aber sollte er seine Anwesenheit in dem Park erklären? ... Er, der er als Unbekannter in dem Schatzen dahingelitt wie ein Dieb — würde er nicht heute gleich beim erstenmal auf dem Fußboden in einen sonderbaren Verdacht kommen? ... Und mußte er nicht vor allen Dingen verneinend, sein Auftauchen in dieser Gegend mit einem fantastischen oder lächerlichen Abenteuer zu begleiten ... ?

Er erschloß sich daher, weiter zu fliehen, und diese seltsame Uebung wahrte sich ununterbrochen eine halbe Stunde. Lemors Kopf glühte wider seinen Willen, und für Augenblicke wollte er selbst irr werden, wenn er an den unverwundlichen Sturmann und die übernatürliche Schnelligkeit des Gespenstes dachte, das ihm nicht von den Ferien weg — dieses nächtliche Abenteuer erinnerte an das, was man von Willis*) und hohen Raubjäger erzählt.

*) Weibliche Gespenster, die nach böhmischen Glauben nicht auf ihren Gräbern ruhen dürfen. Der Kober.

Ist es der Schrei einer Sterbenden oder ein Schrei des Grauens ... Oder ist es die Wit, mir nicht durchs Wasser folgen zu können, in das ich mich nach ihrer Meinung gestürzt habe? Aber wie ... wenn sie selbst in einen Graben gefallen wäre — in einen Abgrund, den ich im Laufen nicht bemerkt habe ... ? Wenn diese unglückselige Begegnung einem beklagenswerten Wesen das Leben kostete? Nein, was auch immer daraus folgen mag — ich darf sie in den Schreden des Todeskampfes nicht verlassen.

Und Lemor lehrte um und suchte die Unglückliche, doch ohne sie zu finden. Der steile Weg, den er hinabgeeilt, stieß an den Saum des Parks. Die Einfriedigung hatte hohe Sträucher, aber keinen Graben — keinen Teich und kein Sumpf, in dem sie hätte ertrinken können ... Soweit Lemor unterscheiden konnte, zeigte der sandige Weg keine Spuren von dem Fall eines Körpers. Sich in Vermutungen ergebend, suchte er noch immer, als er wiederholt ein Pfeifen hörte, wie wenn man einem Hunde pfeift. Anfanglich achtete er nicht darauf — so sehr war er von dem Abenteuer ergriffen und mit seinen Gedanken beschäftigt. Endlich aber fiel es ihm ein, daß dies das mit dem Müller verabredete Zeichen sei, und darüber verzweifelnd, seine Verfolgerin wiederzufinden, antwortete er auf Ludwigs Ruf ebenfalls mit einem Pfeifen.

„Sie haben den Teufel im Leibe!“ schalt der letztere mit leiser Stimme, als sie einander im Park gefunden. „Sie gehen so weit, wo ich Ihnen doch empfohlen hatte, sich nicht zu rühren! Seit einer ganzen Viertelstunde suche ich Sie nun schon hier im Walde! Ich wagte nicht, Sie allzulaut zu rufen, und verlor schon die Geduld ... Aber wie sehen Sie denn nur aus! Keuchend und alles zerrissen! Der Teufel soll mich holen — mein Kützel hat auf Ihren Schultern eine hohe Viertelstunde durchgemacht, wie ich sehe. Aber sprechen Sie doch, Sie sehen ja aus wie ein von Raubbögeln zerhachter Hase ... oder wie ein von Irlichtern Verfolgter.“

Ihnen daher unbedingt etwas zugestoßen sein — ein wütendes Hund vielleicht? „Schlimmeres als das!“ antwortete Lemor, der seine Fassung nach und nach wiedergewann. „Ein wütendes Weib, mein Freund! Eine Hexe, die schneller flie als ich und die, ich weiß gar nicht wie, in dem Augenblick verschwunden ist, wo ich mich ins Wasser stürzte, um sie mir vom Leibe zu halten.“ „Ein Weib ... ? O, und was sagte sie?“ „Sie hielt mich für einen gewissen Paul, der ihr anscheinend sehr am Herzen lag.“ „Ah ... ich ahnte es doch ... es ist die Irre aus dem Schloß. Aber bin ich denn nicht bei Trost, daß ich nicht vorausgesehen, wie leicht Sie ihr hier begegnen könnten? Das war mir wirklich ganz aus dem Kopf geschossen. Wir sind so daran gewöhnt, sie abends wie ein altes Meißel umherzuführen zu sehen, daß wir schon gar nicht mehr darauf achten. Und doch ... es ist ein Unglück zum Herzbrechen, wenn man daran denkt! Aber zum Teufel — wie kommt sie denn hinter Sie? Gewöhnlich läuft sie doch weg, wenn sie jemand auf sich zukommen sieht. Ihre Krankheit muß sich verschlimmert haben. Aber es war doch so schon schlimm genug mit dem armen Mädchen!“

„Was ist denn dies für ein unglückliches Geschöpf?“ „Das erzähle ich Ihnen später einmal. Lassen Sie uns jetzt die Schritte verdoppeln, denn Sie scheinen müde zu werden.“ „Ich glaube fast, ich habe mir beim Fallen die Knie gebrochen.“ „Was schädets ... am Ende des Pfades steht jemand, der Sie ungeduldig erwartet!“ flüsterte der Müller mit noch leiserer Stimme. „D ...!“ rief Lemor aus, „ich fühle mich leichter als der Nachtwind.“ Und er begann zu laufen. „Leise, leise!“ mahnte der Müller, ihn zurückhaltend. „Gehen Sie nur auf dem Gras ... Und kein Geräusch — sie ist dort unter dem großen Baume. Verlassen Sie den Ort ja nicht! Für den Fall irgend einer Ueberraschung werde ich als Waage fungieren.“ „Liegt denn für sie irgend eine Gefahr vor, wenn sie sich hierher gewagt?“ sagte Lemor erschrocken. „Wenn ich es dachte, würde ich sie sicher verhindert haben, hier heraus zu kommen! Alles ist im neuen Schloße mit dem morgigen Fest beschäftigt. Aber wenn es mir nur gefällig, die Irre fern zu halten, falls es ihr einfallen sollte, Sie von neuem zu belästigen!“

dahinter der Sächsisch-Thüringische Weberei-Verband, der seinen Mitgliedern einfach verbietet, mit den Arbeitern Vereinbarungen zu treffen. Man fürchtet, daß der freie Sonnabendnachmittag eine dauernde Einrichtung werden könnte.

Die Lohnbewegung der Stettiner Hafnarbeiter ist zu einem endgültigen Abschluß noch nicht gekommen. Dienstagabend fanden in zwei Lokalen öffentliche Versammlungen statt, in einem tagten die Hafnarbeiter, im anderen die übrigen städtischen Arbeiter. In beiden Versammlungen berichtigte die Lohnkommission über die am Vormittag mit dem Magistrat gepflogenen Verhandlungen. Das Resultat ist leider kein günstiges. Irgend welche Verbindlichkeiten konnte der Herr Oberbürgermeister nach seiner Meinung nicht eingehen, weil die Stadtverordneten zurzeit in die Ferien sind. Er versprach jedoch, dafür einzutreten, wenn die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Versammlung am 5. September die Anträge der städtischen Arbeiter bewillige, daß diese rückwirkende Kraft vom 1. August haben sollten. Allgemein wurde bedauert, daß kein greifbares Resultat vorhanden sei. Um aber weiter der Stadtverwaltung Gelegenheit zu geben, sich in eingehender Weise klar und präzis über die Forderungen der Arbeiter auszusprechen, soll nun die Verhandlungskommission im Verein mit der Organisationsleitung dem Magistrat einen Tarifvertrag vorlegen. Der Lohn für Handwerker, Kranzfürer soll 28—32 M pro Woche betragen, für ungelernete Arbeiter 23—28 M. Alljährlich soll der Lohn um eine Mark steigen. Für die unständigen Hilfsarbeiter am Freihafen wird ein Tagelohn von 3,80 M verlangt. Die Arbeitszeit soll neun Stunden betragen, für die Schichtarbeiter der kontinuierlichen Betriebe 8 Stunden. Überstunden sollen mit 25 %, Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit mit 50 % vergütet werden. Der Vertrag soll am 1. August in Kraft treten und auf die Dauer von zwei Jahren Geltung haben. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Nach erregter Diskussion, die dadurch noch gesteigert wurde, daß ausgerechnet zum Versammlungsabend die Arbeiter zur Überzeitarbeit bis 9 resp. 12 Uhr bestellt wurden, diese Anordnung aber, wohl auf telephonische Beschwerde bei dem Herrn Oberbürgermeister, zum großen Teil rückgängig gemacht wurde, wurde allseitig betont, daß man endlich des Wartens müde sei. Es müsse endlich etwas geschehen, wenn nicht anders, müsse zur Arbeitsniederlegung geschritten werden. Nur mit Mühe und Not konnte die Verhandlung die Gemüter beschwichtigen. Es gelangte in beiden Versammlungen eine Resolution zur einstimmigen Annahme. In der Hafnarbeiterversammlung stimmten 555 und in der Versammlung der städtischen Arbeiter 450 dafür, so daß insgesamt 1005 Arbeiter dadurch ihre Willensmeinung kundgeben. In der Resolution heißt es: „Die versammelten städtischen Arbeiter bedauern, nachdem die Kommissionsmitglieder über die heutigen gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattet haben, daß der Magistrat keine bindenden Erklärungen gegenüber unseren Vertretern abgegeben hat. Sie beauftragen nunmehr die wirtschaftliche Interessenvertretung, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Verein mit der Lohnkommission und dem Magistrat weitere Verhandlungen zur tariflichen Festlegung der Lohn- und Arbeitszeit zu pflegen. Die Versammelten erwarten, daß die städtischen Behörden in Kürze eine einwandfreie Regelung des Arbeitsverhältnisses in Form eines Tarifvertrages zum Abschluß bringen werden.“

Zum Stettiner Werftarbeiterstreik. In Stettin streiken entgegen unserer Meinung vom Dienstag, 6343 Werftarbeiter mit Einschluß der seit voriger Woche streikenden Mieter. Davon entfallen 5143 auf die freien Gewerkschaften, 1200 auf die Gewerksvereine, 3480 Streikende sind im Metallarbeiterverband organisiert, 950 gehören dem Fabrikarbeiterverband und 370 dem Holzarbeiterverband an. Außerdem sind 187 Mitglieder des Verbandes der Schiffszimmerer, 75 Kupferschmiede, 47 Maler, 34 Maschinisten und Feiger an dem Streik beteiligt. Ferner kommen noch ca. 40 Transportarbeiter und Bauarbeiter in Betracht, die sich ebenfalls dem Streik angeschlossen haben. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren paar Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen. Am Dienstag tagte eine Vertrauensmännerkonferenz, die zur Erklärung der Zentralvorstände Stellung nehmen wollte. Da letztere noch nicht im Druck vorlag, begnügte man sich, die sofortige Einberufung einer Werftarbeiterkonferenz und einen außerordentlichen Verbandstag der beteiligten Organisationen zu fordern. Die Sitzung wurde auf Mittwoch früh vertagt. Nach einer erregten Diskussion wurde in dieser Sitzung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Vertrauensmännerkonferenz der freien Gewerkschaften legen den schärfsten Protest gegen die Art und Weise ein, wie die Zentralvorstände mit ihrer neuen Erklärung in der Öffentlichkeit operieren. Auf Grund dieser Erklärung kann gesagt werden, daß die Verbandsvorstände gänzlich ohne Kenntnis der Vorgänge innerhalb der Werft sind, sonst könnten sie nicht zu der Annahme gelangen, daß die Arbeitsniederlegungen auf Rutsche zurückzuführen sind und die ruhig abwägenden Kollegen beeinflusst wurden. Wir stellen fest, daß lediglich durch die schleppenden Verhandlungen, das geringe Entgegenkommen der Werftbesitzer die Kollegen in Erregung gebracht und zur Arbeitsniederlegung geschritten sind. Wir können weiter konstatieren, daß durch die vorzeitige Arbeitsniederlegung der Mieter die Verhandlungen in Stettin nicht erschwert sind, daß vor der Arbeitsniederlegung ordnungsgemäß eine Abstimmung unter den Werftarbeitern stattgefunden hat. Aus allen diesen Gründen vermahnen wir die hiesigen Werftarbeiter mit aller Entschiedenheit dagegen, daß seitens der Zentralvorstände die Unterstützung verweigert wird, trotzdem die Arbeiter das Resultat der letzten Verhandlungen abgewartet haben, sodas die feiernden Werftarbeiter mit Recht glaubten, von dem letzten Mittel, der Arbeitsniederlegung, Gebrauch machen zu können. Es wird gegen die unverständliche Haltung der Zentralvorstände nochmals Verwahrung eingelegt und dringend verlangt, daß eine Änderung in dieser Haltung herbeigeführt wird. Sollten die Vorstände an ihrer Stellungnahme festhalten, so werden dieselben erlucht, Vertreter nach Stettin zu entsenden, damit diese in den Verhandlungen ihre Beschlüsse vertreten.“ Eine ähnliche Resolution wurde am Dienstagabend in einer von den auf den Werften beschäftigten Holzarbeitern einberufenen Versammlung angenommen.

Former- und Gießereiarbeiterstreik. In der Eisengießerei von Hartung, Berlin-Lichtenberg, haben sämtliche Former- und Gießereiarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es kommen ca. 200 Mann in Betracht. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist folgende: Die Firma glaubte, um existenzfähiger zu sein, die Arbeitszeit verlängern zu müssen und die Löhne herabzusetzen. In einem längeren Schriftstück hat die Firma dies den Arbeitern mitgeteilt, und als Begründung angegeben, daß sie andauernd mit großem Verlust arbeite. Die bei dieser Firma gezahlten Löhne gehen jedoch durchaus nicht über das durchschnittliche Maß der in anderen Gießereien Berlins erzielten Löhne hinaus. Wenn es also zutrifft, daß die Firma nicht konkurrenzfähig sein kann, dann müssen die Ursachen hierzu wohl an anderer Stelle liegen. Die Arbeiter haben sich durch die Drohung der Firma, daß, wenn die Arbeiter mit den Verschlechterungen nicht einverstanden sind, der Betrieb geschlossen werden müsse, nicht einschüchtern lassen, sie haben mit großer Entschiedenheit erklärt, daß sie sich auf keinen Fall die von der Firma angebotenen Ver-

schlechterungen gefallen lassen würden. Als die Firma sah, daß eine Einschüchterung der Arbeiter nicht möglich war, gab sie kurzerhand am 12. Juli am schwarzen Brett des Betriebes bekannt, daß vom 14. d. Mts. an die neuen Bestimmungen in Kraft treten. Die Arbeiter haben daraufhin beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Die Firma macht alle möglichen Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Der Betrieb muß, allen Bemühungen der Firma zum Trotz, streng gemieden werden.

Nachträge zur Maleransperrung in Berlin. Am Mittwoch hatten sich die beiden Malergehilfen Franz Kapp und Fritz Beckmann vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts Berlin I wegen Beleidigung Arbeitswilliger zu verantworten. Sie werden beschuldigt, während der Ansperrung im April d. J., als sie Streikposten standen, Arbeitswillige durch die Bezeichnung „Streikbrecher“ beleidigt zu haben. Da nicht festgestellt werden konnte, wer den Ausruf getan hat, ließ der Staatsanwalt die Anklage der Beleidigung fallen, beantragte aber, die Angeklagten wegen groben Unfugs laut § 360 des Straf-Gesetzbuchs mit drei Wochen Haft zu bestrafen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung beider Angeklagten, da nicht festgestellt sei, wer den Ausruf „Streikbrecher“ getan habe. Ein grober Unfug liege vor; dies stehe aber nicht zur Anklage. Es mußte deshalb, wie geschehen, erkannt werden.

Tarifverhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe. Der Tarif für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker läuft am 31. Dezember d. J. ab. Die im Verbands der Lithographen und Steindrucker organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker haben sich auf zwei Konferenzen, zuletzt am 15. Juli in Berlin, mit dem Ablauf des Tarifes bzw. mit Abänderungsanträgen zu diesem befaßt und die Anträge Ende Juni beim Tarifamt eingereicht. Da auch von Unternehmenseite Anträge auf Abänderung des Tarifes gestellt worden sind, aber eine Kündigung des Vertrages von keiner Seite vorliegt, finden am 4. August d. J. in Berlin die Verhandlungen des Tarifausschusses zur Beratung der vorliegenden Anträge statt.

Militaristische Volkswirtschaftslehre.

Die „Post“ versucht wieder einmal, nachzuweisen, daß die Ausgaben für das Heer nicht unproduktiv sind. In dem Artikel, der dem Blatt aus Militärverwaltungsstellen zugesandt worden ist, heißt es u. a.: „Der Militäretat ist nur eine Durchgangsstelle für Summen, die von Begüterten zur Sicherung der wirtschaftlichen und nationalen Existenz eingezahlt werden, um dann in den denkbar günstigster Form wieder in diejenigen Kreise zurückzuführen, die als Mittelstand und arbeitende Klassen einen wertvollen Bestandteil der Nation ausmachen. Die wenigen Millionen, die notgedrungen in das Ausland gehen, sind für Beschaffung der Kolonialprodukte wie Reis, Tee, Kaffee usw. ausgeworfen. Was Offiziere und Beamte, soweit die Staatskapitel und Titel „Befolgungen“ in Betracht kommen, an Gehalt etwa ersparen, wird durch Vermittlung der Banken und Sparkassen als werbendes Kapital in die Volkswirtschaft überführt.“

Diese Behauptungen sind bei der Beratung der Militärvorlagen zu wiederholten Malen widerlegt worden. Sie werden auch dann nicht durchschlagen, wenn sie die Militärverwaltung aufstellt.

Der Gipfel der dreifachen Behauptungen wird im Schluß des Artikels erreicht, der lautet:

„Welchen Einfluß die „unproduktiven“ Ausgaben für Heer und Marine auf die Schaffung „produktiver“ Werte haben, sei nur nachgewiesen an der Erziehung der Millionen Männer in der Schule der Armee zur Energie, Ausdauer, Gehorsam, Ordnung, an der Ausbildung der geistigen Regsamkeit, des Denk- und Urteilsvermögens, Eigenschaften, die eine Vermehrung des Volkvermögens bedeuten. Hierher gehören der sittlich hebende Einfluß der Kameradschaft, die Erziehung des Soldaten zur Reinlichkeit, Eigenschaften, die er zum Wohl des Volkes mit hinausbringt in die Heimat. Und gerade in der Zeit, wenn der junge Mann auf schiefen Bahnen zu geraten droht, tritt die Unterbrechung des leichtfertigen Lebens in Gestalt der strengen Schule des Heeres ein. So kann der Stoa das Heer nicht entbehren für die Erziehung der Nation.“ (u. Moltke.) Der ideelle Nutzen der Heeresausgaben ist somit ebenso groß, wenn nicht größer, wie der materielle für unsere Volkswirtschaft.“

Auch hier müssen wir wieder den Reichstag als Zeugen aufrufen. Die Reichstagsverhandlungen der letzten Zeit haben Bilder aufgerollt, die keineswegs dafür sprachen, daß die Schule des Militarismus eine solche wohlthätige Wirkung auf die Menschheit ausübt, wie der Verfasser des „Post“-Artikels glauben machen will. Gleichzeitig stellt dieser aber in seinen Ausführungen indirekt der Volksschule ein klägliches Zeugnis aus.

Die Sorge um den Zolltarif.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die vom Reichshofamt gespeist zu werden pflegen, bringen einen langen Artikel, in dem sie die bürgerlichen Parteien dringend davor warnen, sich wegen einer Umänderung des Zolltarifes in die Haare zu geraten. Einen ganz besonderen Eindruck glaubt man offenbar damit hervorrufen zu können, daß man auf den politischen Massenstreik hinweist, der als Waffe auch im wirtschaftspolitischen Kampf Anwendung finden soll, sei es zum Aufbau, sei es zu einer völligen Beseitigung des Zollschutzes. Mit einer derartigen Eventualität hatte man vor einem Dezennium noch nicht zu rechnen, und das sollte denen, die sich den Luxus tiefgehender Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten in zoll- und handelspolitischen Fragen auch jetzt noch glauben leisten zu können, wirklich die Augen öffnen für die Forderungen des Tages auf diesem Gebiete. Der Artikel weist weiter darauf hin, daß ein Abbau der Zölle notwendig mit einer starken Beschneidung der Reichseinnahmen verbunden sein würde. Das Reich nimmt aus den Zöllen allein über 700 Millionen Mark im Jahre ein und für eine Verminderung dieser Einnahmen müßte Ersatz durch Steuern gefunden werden. Unter diesen Umständen an den Reichsfinanzen zu rütteln, würde ein Wagnis bedeuten, für das niemand die Verantwortung übernehmen könnte. Darum heißt es heute mehr als je: die Kräfte sammeln, sie nicht zerplittern!

Die Regierung scheint immer mehr damit zu rechnen, daß es schwer halten wird, die Wucherzölle in der seitigeren Weise aufrecht zu erhalten und deshalb das Gespenst der neuen Steuern. Die Sozialdemokratie wird das nicht abhalten können, mit aller Entschiedenheit die

Wucherzölle zu bekämpfen, selbst auf die Gefahr hin, daß neue Steuern eingeführt werden müßten. Diese Steuern würden auf keinen Fall so drückend wirken können, als wie die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel der breiten Massen. Sicher ist, daß die Erneuerung des Zolltarifes zu überaus schweren Kämpfen führen wird.

Streifzüge ins Lübsche und weitere Umgebung.

Arzrade—Dissau—Kurau—Malkendorf—Bansdorf.

b. Zwischen 5 und 6 Uhr morgens stand ich auf freier Au. Wenn anderthalb Wegstunden hinter einem liegen verlohnt es sich, einen Schnaufer zu tun und umzubilden. Gilt gings durch die schlafende Stadt, nun endlich Asphalt und Pflaster unter den Füßen zu verlieren. Woher des Weges, wohin? Hinaus aus der beengenden Luft, dem ermüdenden Gleichmaß der Tage, um mit erfrischendem Windeswehen trübselnd zu bewegen das stockende Leben.“

Auf die gelben Flecken der Landkarte hatte ichs abgesehen, war nun mitten auf dem Marsche, das Land näher kennen zu lernen, dem ich mich durch Bürgergeld verpflichtet. Wiedererwachter alter Wandertrieb führte mich hinaus. Mit einem freundlichen Gruß auf den Lippen, einer halbwegs guten Karte und keiner aufstumpfen Nasenspitze gelangt man ohne Kompaß ans Ziel.

Was fragt treibende Unruhe lange nach Wetter oder Jahreszeit. Knotenstoch her und Lodenhut; heidi, heida! Da wären wir nun mitten drin in der herrlichsten Hügellandschaft, wittern Morgenluft, freuen uns, die Stunde genüßt zu haben. Laß die Wandersehnen zu Hause, die erst lange wagen und wägen. „Ich sage dir, ein Kerl, der spekuliert, ist wie ein Pferd auf dürrer Heide, von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt und ringsherum liegt schöne grüne Weide.“

Beim Stodsdorfer Spritzenhaus verlassen wir die Landstraße und biegen dem Bohrerhof zu, marschieren fernab von Benzingerstank und Lokomotivqualm. Herrgott, wie schwebt das Auge in dieser jungfräulichen Erde! Nicht lange mehr. Schon flattert ein weißes Fähnchen im Morgenwind, zeigt die Richtung der kommenden Segeberger Bahnlinie an. Sie wird ein Bächlein überqueren, Barger Au genannt.

Trinkt euch satt an den weiten, taubereuten Feldern, dem prachtvollen Rundblick: dort liegt Stodsdorf, hier Edhorst, da Arzrade. Den Lübschen Fledern Krumbel müssen wir ein andermal besuchen, heute liegt er zu ablegen. Mein Zweitältester, der Rechtswissenschaft nicht zu studieren denkt, aber ein fleckfester Bursche ist, würde mir unterwegs sicher die verhängliche Frage vorgelegt haben, warum die Kirchsäume stets im Dorfe angepflanzt sind. Bald verändert sich das Bild. Ein fast schluchtartiger Einschnitt tut sich auf. Für etwas Phantasieliebhaber türmen sich die Hügel zu kleinen Bergen auf. Leicht steigend führt der Weg hman. Fast unbeleckt von Alltagsgästen. Himbeerbüsche wuchern, überall voll Beeren. Süße, dunkelrote Waldhimbereen, bis nach Dissau hinauf. Hoch liegt's. Wenn die Dissauer auf die Koppel steigen, sehen sie nicht nur die Türme Lübeds, sondern auch den langen Dachreiter von St. Marien, hinter dem ein hochwohlweiser Rat seit 1802 ihr Geschick in die Hand genommen hat. Damals kam es mit dem eine Pfeife Tabak entfernten Kurau durch einen Vergleich mit Dänemark unter die Lübsche Landeshoheit. Im Besitz des Heiligen-Geist-Hospitals sind beide Orte (von Kurau die Hälfte) schon seit 1392. Ein geldbedürftiger Graf von Holstein hatte sie verpfändet. (Die geschichtlichen Daten, die wir auch ferner einfluchten, sind von Dr. Hartwig, Direktor des Statistischen Amtes: Die Enklaven der freien und Hansestadt Lübeck.)

Da stehen wir in der „Promenade“ von Kurau und schauen nach Schwinterrade hinüber. Sollen wir den einstündigen Umweg durch den herrlichen Wald Malkendorf zu wagen? Da prasselt auch schon der Regen in Strömen hernieder, läßt uns gerade noch Zeit, in der Schenke gegenüber der Kirche zu flüchten. Unausförllich gießt's, an den Wettermarsch ist nicht zu denken. Wir studieren die Landkarte und den geschichtshistorisch beschriebenen Zettel. Die Kurauer sind keine Orthographiefreunde. Sie wechselten die Schreibung ihres Ortsnamens nach Vorchrift oder nach der Gelehrtheit ihres Ortsgehaltigen. Hartwig verzeichnet zehn Abweichungen! Corowe, Corow, Kurowe, Korowe, Korouwe, Carowe, Kurom, Kurawe, Kurawe. Seit Herr Duden den Keuten das Rechtschreiben gelehrt, hat auch das Lübsche Postamt der Eingabe eines Korrektors nicht widerstehen können und schreibt jetzt neben den meisten Straßen- und Ortsnamen auch hier richtig, wie's der Schnabel erheißt: Kurau.

Vom Turm herüber bimmelt's nicht schlecht. Der Glöckner scheint's verdammt eilig zu haben. Er zieht am Stränge, daß der Schwengel jeden Wohlklang verhindert. War's Wurstigkeit, die ihm sagte: zieh ich langsam, zieh ich schnell, es kommt doch keiner, oder sparte der Glöcknergeher am Zinn?

Es regnet, regnet in einem fort, 's hilft alles nichts, ich muß weiter. Etwas mißgestimmt, schreite ich fürbach, trällere, da ich Noten ebenwenig kann wie asyrische Keilschrift, das uns von August Kasp überlieferte Rige Buzenleed von den Jäger Wurde vor mich hin. Es war ein gutes Aufheiterungsmittel, berühmt durch die historische Knautwurfferei zur Wahlszeit. Wie fängt's gleich an:

In Kurau wohnt en grawen Burn —
Kridewidewitjambum! —
Mank Rauh un Bier, mank Hai un Rurn —
Kridewidewitjambum!
Dei Kirl, dei hett en bannig Mal,
Kridewidewitjuchhetrasa!
Un wenn hei' brukt, is hei nich ful.
Kridewidewitjuchhetrasa,
Wiktoria, Wiktoria,
Kridewidewitjambum!

Der Feldweg trägt uns eine Strecke durchs Fürstentum. Dort, wo wieder Lübscher Boden betreten wird, wo die Kurau sich durch die Wiesen schlängelt, und auf der anderen Seite sich wieder hintern Dickicht versteckt, ist ein allerliebtestes Fleckchen, wohl wert den Schritt anzuhalten, zu schauen und zu genießen, was die Natur künstlerisches deut.

Das Geschaute wirkt auf den Sinn bis Malkendorf. Schade, die riesigen Zinfblechdächer wirken sofort störend aufs Auge; im Sonnenschein ist der Anblick sogar un schön. Sie verdrängen mehr und mehr die schmunzigen, steilen Strohdächer. Gerade in Malkendorf, wo das liebgehohte Alte dem künftlich neuen Neben- und gegenübersteht, fällt's doppelt auf, stört das ganze Landschaftsbild.

Nicht in Worten wiedergegeben ist der Reiz, der dem windungsvollen Weg Koflsdorf innewohnt. Koch einmal öffnet sich der Ania und gewährt schöne Aussicht auf Horsdorf zu, über welchen Ort ein Weg nach Schwartau abzweigt. Aber wir verlassen unsere Richtung nicht, wandern am „Martel“ vorbei. Es zeigt unter dem Adler das Ende Lübscher Herrlichkeit an.

Nach fünfständigen Wandern hat sich die Brust geweitet, die Luft festgelegt. Große Stimmung möchte die fast undurchdringlichen Knids auseinanderreißen, um alles aufzunehmen, allem zugubeln, soweit der Blick reicht. Bei Koflsdorf wird dem Hülen Wunsch willfahren. Immer schöner wird der Weg, wir überschreiten die Schwartau, in der die Dorfjugend lustig

watet, grüßen in Techau die vom Mittagstisch ihre Gärtchen betrachtenden Landleute und biegen in das anmutige Landwäldchen ein.

Eine Fußwanderung von etwa 20 Kilometer, eines herzhaften Wanderburschen Morgenpaßgang.
Ein Sträußchen am Hute, den Stab in der Hand . . .

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Spionageprozeß. Vor dem Kriegsgericht in Thorn hatte sich der Unteroffizier Otto Theodor Emil Zieg vom 21. Infanterieregiment wegen vollendeten und versuchten Verbrechens gegen das Reichsgesetz, betreffend Verrat militärischer Geheimnisse, Fahnenflucht, militärischen Diebstahls, Betruges, Preisgabe von Dienstgegenständen und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu verantworten. Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Angeklagte zu acht Jahren Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere, Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Englische Spione, wenn sie Offiziere sind, kommen bei uns billiger weg.

Aus Nah und Fern.

Noch eine Klage über das Leipziger Turnfest. Der Reichsbote gibt noch einem „bekannten Leipziger Pfarrer“ das Wort, der ebenfalls bittere Klagen über die „Deutschen Turner“ führt. Er bestätigt zunächst die in einem früheren Eingangsbericht des „Reichsboten“ gebrachten „nur zu wahren Mitteilungen über die tief beschämenden Begleiterleistungen des Leipziger Turnfestes.“ Dann bedauert der Pfarrer sehr, daß am Sonntag, dem zweiten Festtage, die Kirchen so leer waren, wie sie Leipzig seit hundert Jahren noch an keinem Sonntag gesehen hat, obwohl der Beginn des Gottesdienstes von 10 Uhr auf 8 Uhr früh verlegt worden war. Dann bemerkt der Pfarrer: „Und auch der Festzug selbst zeigte vielfach Teilnehmer wie Zuschauer nicht gerade von einer irgend wie würdigen Seite. Wenn z. B. das Schwenken eines Badetuchs statt eines Taschentuches fast eine Stunde lang eigentlich alle vorüberziehenden Turner der einen Abteilung, also über 30 000, zu unablässigen „Heilrufen“ begeistern konnte, so zeigt dies zum mindesten nicht von allzuviel Geist. In den engeren Straßen ist es aber, besonders wenn eine Stodung eintrat, schon in offiziellen Festzüge zu anstößigen Reden, schmutzigen Witzen und selbst unanständigen Handlungen gekommen. Auf dem Festplatz selbst aber haben Dirnen in großer Zahl die Turner begrüßt und in der auffallendsten Weise zu gewinnen gesucht. Und daß dies nicht vergeblich gewesen ist, hat ja schon das vorige „Eingangsbericht“ bezeugt. . . Und trotzdem sind Abend für Abend ganze Scharen von Turnern in ihren Abzeichen in die bekannten schmutzigen Kasen gezogen und haben sich auch von den dort noch einmal zur Umkehr mahenden Arbeitern der Mitternachtskommission nicht zur Rückkehr bestimmen lassen, sondern deren Bitten noch mit frechem Hohn und Spott beantwortet. Ein christlich gesinnter Turner aus dem Rheinlande erzählte mir ganz erschütternde Einzelheiten, die er gesehen und gehört, und erklärte geradezu, ein großer Teil der Turner sei nur zu dem Zwecke nach Leipzig gekommen, um auf verhältnismäßig billige Weise einmal die Freuden der Großstadt kennen zu lernen und sich einige Tage „ausleben“ zu können. . . Solche Vorkommnisse müssen doch wahrlich mit Sorge für die Zukunft unseres Volkes erfüllt sein. . . Die „deutschen Turner“ haben sich also in Leipzig von ihrer würdigen Seite gezeigt!

Überfall auf einen Militärposten. Am Rand der Doelauer Heide bei Halle wurde Dienstag ein Wachposten auf dem Schießstand des 36. Infanterieregiments von drei Personen niedergeschlagen, die ihm das Gewehr zu entreißen suchten. Der Soldat konnte trotz seiner schweren Verletzungen das Gewehr festhalten. Auf seine Hilferufe eilte eine Patrouille von der Schießstandwache herbei, worauf die Angreifer flohen und unerkannt in den Wald entkamen. Man vermutet, daß der Überfall auf einen Spionagezweck verübt wurde.

Die Toten der Beche „Carolus Magnus“. Nach einer Mitteilung der Verwaltung der Beche „Carolus Magnus“ besteht kein Zweifel mehr, daß die bei der Einsturzkatastrophen in Uebach verunglückten vierzehn Bergleute tot sind. Es liegen auf den Leichen in sieben Meter Tiefe gewaltige Sandmassen, die nachgeführt sind. Die Bergungsarbeiten sind sehr schwierig und können nur mit größter Vorsicht ausgeführt werden. Der ganze Schacht muß erst gesichert werden, ehe man an die Abtragung der Sandmassen gehen kann. Es wird deshalb noch einige Tage dauern, bis die Toten geborgen werden können. Die Gru-

benverwaltung hat bereits die Särge bereitstellen lassen. Von den Verunglückten sind sieben verheiratet und Familienväter. Das Unglück soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß infolge eines Wolkenbruches große Wassermengen in den Schacht drangen und dort tiefe Löcher rissen. Hierdurch kamen die Sandmassen zum Einsturz und überraschten die Bergleute mitten in der Arbeit.

Schreckensszenen auf dem Übungsplatz Aldershot. Während einer Nachtdienstübung ereignete sich Dienstag auf dem englischen Truppenübungsplatz Aldershot ein seltsamer Unfall. Wie berichtet wird, hatten dort zwei Schwadronen Kavallerie ihre Pferde bei Westbrook Farm an Pfählen angebunden. Plötzlich erfolgte ein Überfall durch Infanterie. Infolge des heftigen Gewehrfeuers brach eine Panik unter den Pferden aus. Die Tiere schlugen mit den Füßen wild um sich und verletzten sich gegenseitig. Schließlich stürmte die Mehrzahl von ihnen nach allen Richtungen auseinander. Vier Kavalleristen wurden schwer verwundet, und 15 Pferde mußten infolge schwerer Verletzungen erschossen werden.

Friede im Vatikan. Wie „Messaggero“ meldet, ist bei der Schweizergarde im Vatikan Ruhe eingetreten. Es sei nicht richtig, daß der Papst ihre Auflösung verfügt habe. Bisher sei keine endgültige Entscheidung getroffen. Es sei auch unmaßgeblich, daß italienische Polizeibeamte sich in den Höfen des Vatikans befinden. Die Entwaffnung der Schweizergarde sei eine Vorsichtsmaßregel gewesen und habe ihrem Zwecke entsprochen, wieder ihren Säugungen gemäß Hellebardiere zu werden und sich nicht in Fäustler zu verwandeln zu lassen, wie Oberst Repand es wollte.

Explosionskatastrophen. Durch die Explosion von Schießbaumwolle in der staatlichen Pulverfabrik von Angoulême (Frankreich) am Dienstag wurden fünf Arbeiter verwundet, darunter zwei sehr schwer. In Albacete (Spanien) erfolgte in einer Fabrik für Feuerwerkskörper eine Explosion, durch die eine Person getötet und drei Personen verletzt wurden. Wie aus Wien berichtet wird, explodierte Mittwoch vormittag in der Wollersdorfer österreichischen Munitionsfabrik infolge Unvorsichtigkeit einer Arbeiterin ein Zünder, wodurch auch die übrigen in demselben Arbeitsraum befindlichen Explosionsstoffe zur Explosion gebracht wurden. Neunzehn Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verletzt. Einer ist gestorben. Das Gebäude ist schwer beschädigt. Der Brand wurde sofort unterdrückt. Eine spätere Meldung besagt: Von den bei der Explosion in Wollersdorf verletzten Personen sind bisher drei gestorben. Ein junger Arbeiter ist so schwer verletzt worden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Unter den Verletzten, die meist Frauen sind, befindet sich eine größere Anzahl Schwerverletzter.

Schweres Schiffsunglück an der chilenischen Küste. Bei Papudo, an der Küste von Chile, hat sich ein schweres Schiffsunglück zugetragen. Dort ist das Schiff „Vile de Dijon“ gescheitert. Von der 22 Mann betragenden Besatzung sollen nur 3 Mann gerettet worden sein.

35 Neger ein Opfer der Flammen. Die Nachrichten vom Brande des Staatsgefängnisses in Jefferson-City im Staate Missouri bewahrheiten sich nicht. Es handelt sich vielmehr nach den letzten in Neuyork eingegangenen Nachrichten um eine Farm, auf der Gefangene, in der Hauptsache Neger, mit Landarbeiten beschäftigt waren und die in Dakley im Staate Mississippi liegt. Die Gefangenen waren in einem zweistöckigen hölzernen Blockhause untergebracht. Auf die Kunde vom Ausbruch des Brandes stürzten die Gefangenen in wilder Hast ins Freie und versuchten zu flüchten. Es gelang jedoch den Wachen, die durch Konstabler verstärkt waren, der Gefangenen Herr zu werden. 35 Neger, die im zweiten Stockwerk schliefen, konnten sich nicht rechtzeitig genug retten, da die hölzernen Treppen, die infolge der starken Hitze ausgetrocknet waren, im Nu heruntergebrannt waren und den Unglücklichen jeden Ausgang verperrten. Sie sind allesamt in den Flammen umgekommen.

Das Brandunglück in der Fabrik für Arbeiterkleidung in Birmingham bei Neuyork, über das wir gestern kurz berichteten, ist noch weit entsetzlicher, als zuerst gemeldet wurde. Sechzig Personen sind ums Leben gekommen. Zahlreiche Arbeiterinnen werden vermisst, zwölf sind lebensgefährlich verletzt. Der Brand soll durch ein in die Abfälle geworfenes Streichholz entstanden sein. Das Feuer brach — wie das „B. L.“ berichtet, unter der Bordertreppe aus, und in wenigen Sekunden waren Treppenhaus, Korridore, Arbeitsräume, wo Baumwollspinnel und anderes Zündmaterial aufgehäuft war, in Flammen gefüllt. Unter den 125 Arbeiterinnen entstand die größte Verwirrung. Das gesamte Innere des Gebäudes glück einem Flammenmeer. Da ein Entkom-

men über die Treppen unmöglich war, waren die Rettungsleiter der Feuerwehr bald gedrängt voll. Zahlreiche Mädchen sprangen aus den Fenstern des vierten Stockwerkes, andere verbrannten, eingeklemmt auf den Treppenabläufen. Die zwölf lebensgefährlich Verletzten wurden ins Hospital geschafft. Der Zustand zahlreicher Verletzter ist hoffnungslos. Beim Ausbruch des Brandes war die Feuerwehr auf einem anderen Brandplatz beschäftigt. Das Gebäude war in zwanzig Minuten in einen Schutthaufen verwandelt. Der Feueralarm erklang rechtzeitig, wurde jedoch anfangs von den Mädchen nicht beachtet, da sie glaubten, daß eine Übung der Feuerwehr vorgenommen werde, wie dies in den letzten Wochen mehrfach der Fall war. Erst als Rauch in die Arbeitsräume drang, erkannten die Mädchen die Gefahr. Eine fürchterliche Panik brach aus. Die Arbeiterinnen stürzten auf die beiden engen Türen in dem Flur. Es kam zu einem so starken Gedränge, bei dem viele Mädchen niedergerissen und niedergetreten wurden. Zahlreiche Mädchen, die bereits das Treppenhaus erreicht hatten, stürzten, da die Treppe bereits in Flammen stand und in dem Rauch ein Vordringen unmöglich war, wieder in den Arbeitsraum zurück, während die drinnen befindlichen alles daran setzten herauszukommen. Es entwickelte sich ein Kampf zwischen den Mädchen. Schließlich erkannte man, daß durch das Treppenhaus eine Flucht unmöglich war, und die meisten der jungen Mädchen sprangen durch die Fenster auf die Straße, ohne erst die Feuerwehr darauf aufmerksam gemacht zu haben, so daß diese ihre Sprungtücher nicht benutzen konnte. Sieben Mädchen wurden bei dem Sprung aus der Höhe des vierten Stockwerkes getötet; sie waren fast alle auf den Kopf gefallen und hatten sich den Schädel zerschmettert. Andere sprangen in den Chenangofluß. Von diesen scheinen sich alle gerettet zu haben. Bisher wurde nur eine Leiche aus dem Fluß geborgen. Außer den Mädchen sind drei Geizier und ein Wächter dem Brand zum Opfer gefallen. Auf der Straße spielten sich wahre Kämpfe zwischen der Feuerwehr und Polizei und den Arbeitern ab, die versuchten, in das brennende Gebäude zu dringen, um die Mädchen zu retten.

Literarisches.

Der in seinem 38. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1914 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalenderium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Räublied. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Rühlungswahnsinn. Von Heinrich Strödel (mit Illustration). — Der Balkankrieg. Von H. Demmer (mit Illustrationen). — Goldene Worte. — Der Rohdich. Eine lustige Geschichte von Ernst Leubner (mit Illustrationen). — Die schöne Maschine. Von Wolf Bruno (mit Illustrationen). — Auf dürrer Land. Gedicht von Max Barthel. — Proletarische Schlachtfelder in Mitteldeutschland. Von Dr. H. Conrad. — Walderholungsstätten für die Arbeiterschaft (mit Illustrationen). — Die letzte Hoffnung. Gedicht von Leo Heller. — Die Brüder. Erzählung von Julius Zerfas (mit Illustrationen). — Leiche an Bord. Gedicht von Ernst Freygang. — Freiwilliger und unfreiwilliger Humor in Wahlflugblättern. Von Konrad Haenisch. — Befruchtung und Vererbung. Von M. S. Baege (mit Zeichnungen). — Zwei Lieber aus dem Alltag. Gedichte von S. Schulz und Fritz Sänger. — Schwimmen und Fliegen. Von Felix Linke (mit Zeichnungen). — In Erwartung. Gedicht von S. Kurski. — Der preisgekrönte Bürgermeister. Humoreske von Hermann Drechsler (mit Illustrationen). — Stimmen der Zeit. Gedichte von Julius Zerfas und Bernhard Wilhelm. — Unsere Toten (mit Porträts). — Fliegende Blätter. — Fahrenweiche. — Galgenhumor. — Für unsere Rätselföher. — Außerdem vier Bilder: Morgenstunde — Der Krieg — Die Armenluppe — Unter den Schneegruben. — Ein Vierfarbendruck auf Kunstdruckpapier. Der Leierkastenmann. — Ein Wandkalender. — Der Kalender ist durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. sowie deren Kolporteurs zu beziehen.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierel-Verbandes.
Hamburg, 23. Juli.
1. Klasse 712 Drittel zu 111,89 Mk. im Durchschnitt.
2. " 81 " " 102,67 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

PUCK

DIE NEUE QUALITÄTS-

3

Pfg. CIGARETTE

m/Gold
m/Hohlmdst
flach



GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Visitkarten

— ff. Eifenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

Messer & Waffen-Haus
Jeschau, LÜBECK
Breite Str. 27.

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.

Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.